

Bezugspreis: Vierteljährlich 2.00 RM., monatlich 1.00 RM., wöchentlich 30 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Einzelnenpreis: beträgt f. die feinstenpaltene Kolonette 60 Pf. ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 19. September 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kornilow in Mohilew interniert.

Starke Feuerstöße zwischen Gouthoulster Wald und Lys - Gesteigerte Artillerietätigkeit bei Laon - Angriffe der Rumänen westlich des Sereth.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. September 1917. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Occerzgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wiederholten die Engländer auch gestern ihre starken Feuerstöße gegen einzelne Abschnitte zwischen dem Gouthoulster Wald und der Lys. Es fanden nur kleine Infanteriekämpfe statt, bei denen die angreifenden englischen Abteilungen durchweg zurückgeworfen wurden.

Zwischen La Bassée-Kanal und Lens sowie von der Somme bis an die Dife war die Gefechtsstätigkeit lebhaft.

Occerzgruppe Deutscher Kronprinz.

Beiderseits der Straße Laon-Soisson und auf dem rechten Maas-Ufer erreichte die Kampftätigkeit der Artillerien zeitweilig beträchtliche Stärke. An mehreren Stellen entwickelten sich Vorfelgeschäfte, die für uns günstig verliefen.

Occerzgruppe Herzog Albrecht.

Westlich von Apremont brachten Sturmtruppen von einem Handstück gegen die französischen Stellungen eine Anzahl Gefangene zurück.

Oberleutnant Berthold schoß wieder zwei Gegner im Luftkampf ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Bogen um Luck, am Unterlauf des Jbrucz und in den Bergen östlich des Beckens von Rezdivaschely zeigte sich der Feind rühriger als in letzter Zeit.

Bei der

Occerzgruppe Radenau.

führten die Rumänen westlich des Sereth nach ausgiebiger Feuertvorbereitung bei Barnita und Runcelul mehrere Teilangriffe, die verlustreich scheiterten.

An der Rinnio-Übung wurden bei einem eigenen Unternehmen Gefangene gemacht.

Mazedonischen Front.

Keine größeren Gefechtsabhandlungen. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 18. September 1917, abends. Amtlich. In Flandern starker Artilleriekampf, östlich und südöstlich von Ypern. Vor Verdun nachmittags aussehende Gefechtsstätigkeit östlich der Maas. Vom Osten nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 18. September 1917. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: Auf der Hochfläche von Bainizza wurden vereinzelt nach starker Artillerievorbereitung unternommene feindliche Vorstöße abgewiesen. Vom östlichen und südöstlichen Kriegsschauplatz ist nichts zu melden. Der Chef des Generalstabes.

Die Gesellschaft der Völker.

Von Edgard Milhaud.

Vorbemerkung der Redaktion. Wir haben in den letzten drei Jahren selten die Freude gehabt, mit Ausführungen der Pariser sozialistischen „Humanität“ übereinzustimmen. Desto lieber ergreifen wir heute die Gelegenheit, einen Artikel des oben genannten Verfassers aus der „Humanität“ vom 11. September wiederzugeben.

Während der ersten zwei Jahre des Krieges war die Gesellschaft der Nationen nur eine „Utopie“. Später richtete man sich darauf ein, von ihr wie von einem fernliegenden Problem zu sprechen.

Als in den letzten Dezembertagen 1916 Wilson die beiden kriegführenden Gruppen nach ihren Kriegszielen befragte, und ihnen dabei auseinandersetzte, daß nach seiner Meinung die welterschütternde Krise nur in einer neuen Ordnung ihre Lösung finden könnte und daß diese Ordnung keine andere sei als die große Föderation der Völker, da waren die Mittelmächte und die Entente einig in der Erklärung, daß dies ein Problem der Nachkriegszeit, um nicht zu sagen der Nachfriedenszeit sei, mit dem sie sich im Augenblick nicht beschäftigen könnten.

Wir haben gegen jene Auffassung protestiert und haben uns bemüht, zu zeigen, daß die Völker Garantien brauchten und daß, wenn sie nicht dahin übereinkämen, allgemein gültige internationale Garantien zu schaffen, sie bis zur restlosen Erschöpfung kämpfen würden, um sich, eines gegen das andere, besondere Garantien zu schaffen, territoriale, strategische, die für die einen nur in dem Maße ein Schutz sind, als sie für die anderen eine Bedrohung bilden.

Dannals waren wir die einzigen, die eine solche Sprache führten. Seitdem sind Monate verstrichen, das Blut von Hunderttausenden ist geflossen, und die Idee hat ihren Weg gemacht. So fanden wir sie in der gestrigen Nummer des „Petit Parisien“ (10. September) in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, der von Jules Desre, belgischen Gesandten im revolutionären Rußland, unterzeichnet ist:

Wenn der Plan der Gesellschaft der Völker, so schreibt er, wirklich Gestalt gewinnt, wenn man eine Möglichkeit entdeckt, anders als durch Verträge die Sicherheit der großen und kleinen Völker zu garantieren, die Möglichkeit, eine Rechtsprechung der Welt zu schaffen, um die Konflikte zwischen den Völkern zu prüfen und mit wirksamer Kraft die Ausführung der Mißverständnisse zu überwachen, wenn man im internationalen Leben den Fortschritt verwirklicht, der im bürgerlichen Leben schon vollzogen ist und allen Bürgern durch das Mittel der organisierten Staatsgewalt die persönliche Sicherheit verleiht, — wer sieht nicht ein, daß dann die Kriegsziele außerordentlich veränderte, die Verhandlungen und Zugeständnisse erleichtert, die Lösungen beschleunigt würden? Wenn wir gewiß wären, nach dem Kriege eine vollkommene Einrichtung zur Regelung internationaler Streitigkeiten zu besitzen, würde der Fortschritt so gewaltig, daß alles Uebrige nebensächlich wäre und daß man sogar vorläufig den Statusquo wieder annehmen könnte, da ja die neue Organisation es gestatten würde, daß, was an der Karte von 1914 strittig war, später zu ordnen.

Andererseits: solange diese verlockende Verheißung das Stadium unbestimmter wünschenswerter Möglichkeiten nicht verlassen hat, kann man den einzelnen Ländern nicht die Berechtigung des Bestrebens bestreiten, die Grundlagen ihrer Verteidigung in der Zukunft zu verbessern. Und so werden sich mit mathematischer Sicherheit die Kriegszielprogramme eines jeden Landes in dem Maße vergrößern oder verkleinern, wie die Aussichten der Völkergesellschaft sich verschlechtern oder verbessern. Je nachdem wird das Ziel der „Wissuende-Krieger“ näher kommen oder sich entfernen. Und so ist das Kriegsende durch diese große Vorfrage bedingt.

Neulich schrieb kürzlich (26. August) Gustave Leroy in einem Artikel „Der höllische Kreislauf“ in „L'Œuvre“:

Man darf nicht sagen: „Erst Frieden, dann wollen wir sehen, ob man Ruhe findet, die Gesellschaft der Völker aufzurichten.“ Das Problem so umstellen heißt es unlösbar machen. Man muß im Gegenteil sagen: „Die Gesellschaft der Völker zuerst, der Frieden, der einzig mögliche Frieden wird daraus notwendig und endgültig hervorgehen. Spannen wir nicht die Pferde hinter den Wagen und das Prinzip hinter die Konsequenz!“ Ist das eine Utopie der Ideologen? Nein doch, die einzigen Utopisten in diesem Falle sind jene, die sich einbilden, daß dieser Krieg ein Krieg wie andere Kriege sei. Die Logik der Tatsachen muß

Ein gefährlicher Plan.

Von verschiedenen zuverlässigen Seiten geht uns die Mitteilung zu, daß die von den Alldeutschen geforderte „Aufklärungsarbeit“ gegen die Reichstagsmehrheit an amtlichen Stellen tatsächlich vorbereitet wird. Geplant ist eine allgemeine Propaganda gegen den „Lauen Frieden“ und die Bedeutung parlamentarischer Beschlüsse. Geistesreicherweise soll der Staat mit dem Körper verglichen werden, der ja auch nicht durch den „Mehrheitsbeschluß der Glieder“, sondern durch den „einheitlichen Willen des Kopfes“ regiert werde. Druckschriften, Bilder und Filme, die diese Theorie verbildlichen und vor dem „Verzichtsfrieden“ graulich machen sollen, sind in Vorbereitung.

Ansprachen in diesem Sinne werden schon jetzt da und dort gehalten. In einzelnen Fällen ist es sogar vorgekommen, daß Vorgesetzte ihre Untergebenen aufforderten, sich zum Eintritt in die neue „Waterlandspartei“ zu melden. Die Leute sind dann genötigt, allerhand Ausflüchte zu machen — „Keine Zeit! Kein Geld!“ — um es sich möglichst mit ihren Vorgesetzten nicht zu verderben.

Wir glauben nicht, daß der verantwortliche Reichs-Lanzier hinter diesem Treiben steht, nehmen vielmehr an, daß er davon nichts weiß. Er wird aber, um Schaden zu verhüten, diesen Dingen nachgehen und für Ordnung sorgen müssen. Uebergriffe von Vorgesetzten, die auf eine politische Beeinflussung der Untergebenen hinzielen, führen notwendigerweise zur inneren Zersetzung. Auf diese Gefahr rechtzeitig hinzuweisen, scheint uns Pflicht. Man soll sich auch nirgends dem geringsten Zweifel darüber hingeben, daß die Ausführung jenes Planes auf entschiedene Gegenwehr in der Presse und besonders auch im Reichstag stoßen würde.

Die Entente-Antwort auf die Papstnote.

London, 17. September. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Alliierten den Friedensvorschlag des Papstes nicht eher beantworten wollen, als bis die Mittelmächte ihre Antwort an den Papst abgeschickt haben. Die Haltung Englands stimmt im allgemeinen vollständig mit der Antwort überein, die Präsident Wilson dem Papst gab.

Die Meldung, daß die englische Antwort sich im wesentlichen mit der des Präsidenten decken würde, ist schon einmal vor einigen Tagen verbreitet worden. Trifft sie zu und trifft weiter zu, was über den voraussichtlichen Inhalt der deut-

schen Antwortnote verbreitet worden ist, so ergibt sich der Schluß, daß die beiden kriegführenden Parteien sich in ihren materiellen Zielen wesentlich nähergekommen sind, als etwa vor dreiviertel Jahren zur Zeit des Wilsonschen Vermittlungsversuches.

Zweifellos bewegt sich diese Annäherung nach der Linie eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Entschädigungen, wie er von den Sozialisten schon seit Jahr und Tag gefordert und als die einzige Möglichkeit einer Beendigung des Völkermordens bezeichnet worden ist. Ob freilich die Annäherung schon so weit gediehen ist, daß der Frieden, wie Optimisten meinen, vor der Tür stehe, das ist die große Frage, denn bei der Vieldeutigkeit der behutsamen Diplomatenprache ist es sehr wohl möglich, daß beide Parteien mit übereinstimmenden Ausdrücken hier und da noch recht verschiedene Dinge meinen.

Die Verhaftung Kornilows.

Die aufständische Bewegung vollständig erledigt.

Petersburg, 18. September. (Reuter-Meldung.) Aus Mohilew (Sitz des Hauptquartiers. Red. d. „Vorw.) wird telegraphiert, daß Kornilow mit 23 Generalen und Offizieren durch den Generalstabschef Alexejew verhaftet und in einem Hotel, das sehr streng bewacht wird, interniert worden ist. Das Verhör Kornilows wird heute beendet werden. Die Garnison von Mohilew erklärte dem Regierungskommissar, daß sie an der Rebellion nicht teilgenommen habe und hat, wieder an die Front oder nach Saloniki geschickt zu werden.

Amsterdam, 18. September. Nach einem hiesigen Blatt meldet die „Times“ aus Petersburg: Am Donnerstag wurden alle Truppen Kornilows an die Front geschickt. Die verhafteten Generale Denikin, Erdelli und Markow wurden nach Petersburg gebracht.

Petersburg, 17. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Erlaß Kerenskis dankt den aus Laß des kuffandes Kornilows gebildeten öffentlichen Wohlfahrtsausschüssen für ihre Dienste und fordert sie auf, ihre Tätigkeit einzustellen und sich aufzulösen, da die aufständische Bewegung vollkommen erledigt sei. Er verfügt ferner, daß alle nicht ermächtigen Personen sich aller Handlungen zu enthalten haben, für die ausschließlich die gesetzlich eingesetzten Gerichte zuständig sind. Diefenigen, die sich in dieser Hinsicht vergehen, würden wegen angemachte Rechte streng bestraft werden.

Eine weitere Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur besagt, daß General Kaledin, der unverhüllt gegenrevolutionär auftritt, von seinem Posten als Heiman der Donkosaken zurückgetreten ist.

uns davon überzeugen, daß ein Weltkrieg wie dieser nur ein Ende haben kann: den Weltfrieden. Und dieser Weltfrieden kann nur vorbereitet, verwirklicht und gesichert werden durch die **Gesellschaft der Völker.**

Das ist auch der Gedanke, der die Note des Papstes beherrscht. Der Papst spricht nicht ausdrücklich von der Gesellschaft der Völker, aber er gestaltet die Idee selbst mit vollkommener Klarheit, und dieser beherrschenden Idee sind die besondern Vorschläge, die er macht, untergeordnet:

Vor allem, sagt er, muß der Grundgedanke sein, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechts tritt; hieraus folgt ein billiges Einverständnis aller zum Zwecke gleichzeitiger und gegenseitiger Verminderung der Rüstungen nach bestimmten Regeln und unter gewissen Sicherheiten bis zu dem Maße, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig und ausreichend ist; sodann an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit ihrer hohen friedensstiftenden Wirkung gemäß vereinbarter Normen unter Androhung bestimmter Nachteile gegenüber dem Staate, der sich weigern sollte, entweder die internationalen Streitfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen oder deren Entscheidungen anzunehmen: Wenn einmal auf diese Weise die Vorherrschaft des Rechtes hergestellt ist, möge man jedes Hindernis beseitigen, das dem Verlehrs der Völker im Wege steht, indem man in gleicher Weise dazu feste Regeln die wahre Freiheit und Gemeinlichkeit der Meere sichert; dies würde einerseits vielfache Konfliktsgründe ausschalten, andererseits allen neuen Quellen des Wohlstandes und Fortschrittes eröffnen.

Gewiß, über viele Einzelvorschläge der nünftlichen Note haben wir unsere Bedenken, mandant sogar sehr — aber unabweisbar hat sie das eine große Verdienst: Sie gibt als Grundlage zur Regelung der Einzelfragen, um die die Kriegführenden streiten, die Errichtung eines neuen internationalen Systems. Sie proklamiert die vorläufige Notwendigkeit der Gesellschaft der Völker. Das ist ein Zeichen der Zeit von außerordentlicher Bedeutung.

Wir sehen aber auch noch ein anderes Zeichen der Zeit von noch größerer Bedeutung in der Tatsache, daß die französische Kammer in einer fast einstimmig angenommenen Tagesordnung vom 5. Juni ihren Willen erklärt hat, dauernde Garantien zu suchen für den Frieden und die Unabhängigkeit der großen und kleinen Völker in einer jetzt vorbereitenden Organisation der Gesellschaft der Völker.

So ist tatsächlich das Stadium der rein theoretischen Erwägungen vorbei. Und jetzt handelt es sich darum, zur Tat überzugehen. Vor neue Probleme von drängender und brennender Wichtigkeit sehen wir uns also gestellt!

Der Suchomlinow-Prozess.

Petersburg, 17. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine lange Reihe von Entlastungszeugen, die von den Angeklagten geladen worden sind, versuchen zu beweisen, daß die Behauptungen der Belastungszeugen, Frau Suchomlinow habe großen Aufwand getrieben und wahnwitzige Gebührenden gemacht, der Wahrheit nicht entsprechen. Der Rechnungssachverständige erklärte, Suchomlinow habe im Augenblick seiner Entlassung eine laufende Rechnung über ungefähr eine halbe Million Rubel gehabt, und während des Jahres 1914 habe er 200 000 hinterlegt. Die Zeugenliste ist erschöpft. Die Verteidiger werden morgen ihre Reden beginnen.

Die neue russische Regierung.

Ein russischer Genosse schreibt uns: Das erste, was an der Zusammensetzung des neuen Ministeriums auffällt, ist dessen ausgeprägter Sozialistischer Charakter. Wie die in dem gestrigen „Vorwärts“ mitgeteilte Ministerliste zu erkennen gibt, überwiegen in der neuen Regierung wiederum die bürgerlichen Elemente, während die Sozialisten zugefallenen Portefeuilles in die Hände gemäßigter Elemente gekommen sind. Der Landwirtschaftsminister Tschernow, der Sozialrevolutionär und Zimmerwaller ist, und dessen Zugehörigkeit zu den früheren Ministerien die stärkste Feindschaft der Kadetten bedingte, ist in dem neuen Ministerium durch seinen Parteigenossen Awksentjew ersetzt. Awksentjew war in dem letzten Ministerium, d. h. im ganzen etwa 5 Wochen, Minister des Innern. Er gehört zu den Anhängern der unbedingten Landesverteidigung, ist also „Patriot“ usw., hat indessen als Minister des Innern seine besondere Tätigkeit entfaltet. In seiner Partei wird er seiner oratorischen Begabung wegen „der russische Jaurès“ genannt.

Die anderen sozialistischen Minister, außer Kerenski selbst, sind: der Justizminister Maljantowitsch, der Unterrichtsminister Archangelski, der Versorgungsminister Prokopowitsch, der Arbeitsminister Skobelew und der Postminister Rikitin. Es ist nicht ersichtlich, welcher von den beiden Brüdern Maljantowitsch Minister geworden ist. Beide sind Moskauer Sozialdemokraten und gehören dem Rechtsanwaltsstande an, nur ist der ältere — Wolshewik, während der jüngere zu den Menschewiki gehört. Anscheinend handelt es sich um den Letzteren. Archangelski ist Sozialrevolutionär, er war vor 1905 als Schulinspektor sogar Staatsbeamter und wurde später in politische Prozesse verwickelt. Im Jahre 1907 wurde er in die zweite Duma gewählt. Prokopowitsch ist Sozialdemokrat, bekannt als russischer „Bernsteinianer“, wie es Eduard Bernstein in seinen „Voraussetzungen“ war. Er war im letzten Ministerium Handelsminister. Skobelew und Rikitin, beide Sozialdemokraten, gehörten ebenfalls dem früheren Ministerium an.

Von Wichtigkeit ist, daß der Posten des Ministers des Innern wiederum mit einem angesehenen Kadetten, Rikitin, besetzt ist. Dieser Posten ist wohl, im Hinblick auf den Fortgang der Revolution, neben dem des Landwirtschaftsministers der wichtigste. Aber eine besondere Bedeutung erlangt das neue Kabinett durch den Wiedereintritt des Handelsministers Konowalow, der der ersten provisorischen Regierung angehörte und dessen Rücktritt im Mai die erste Ministerkrise akut gemacht hat. Hinter Konowalow und dem neuen Reichskontrollleur Burtschkin, die beide Progressisten sind, stehen die einflussreichen Moskauer industriellen Kreise, die bislang der Regierung jedwede Unterstützung verweigerten, weil diese sich, nach ihrer Ansicht, im Schlepptau des Arbeiter- und Soldatendelegiertenrats befand. Die Tatsache, daß sowohl die Kadetten als auch die Moskauer Industriellen ihren Widerstand gegen eine Beteiligung an der Regierung aufgegeben haben, muß wohl zunächst als Resultat der Moskauer Staatskonferenz gebucht werden.

Stockholm, 18. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus guter Quelle verlautet, daß die erste Handlung der neuen russischen Regierung die Auflösung der viersten Duma sein wird, da diese durch das Kornisow-Komplotz stark kompromittiert ist.

Grey als Friedensmacher.

Amsterdam, 18. September. Auf einer Versammlung der „Verwid Division Liberal Association“ in Alwood erklärte der Abgeordnete Frances Blake, dem „Manchester Guardian“ zufolge, daß Edward Grey, der bis vor kurzem Mitglied der Gesellschaft gewesen sei, sich nun von den Geschäften zurückgezogen habe, aber es käme die Zeit, wo über die Friedensziele und Friedensbedingungen verhandelt werden müßte. Die Augen aller Nationen würden sich dann auf Viscount Greys Führung, weisen Rat und feinsinnige Entscheidung richten, und nicht vergebens. Viele fühlten, wie sehr heute schon ein solcher Mann im Unterhause nötig sei. Man sagt zwar, jeder könne Krieg machen, aber es bedürfte eines sehr weisen Mannes, um Frieden zu machen, und Viscount Grey werde wahrscheinlich in den kommenden Tagen England von größtem Werte sein.

Aus der französischen Minderheit.

Bern, 18. September. Nach dem „Temps“ sind gestern in einer Sitzung der Minderheit der Sozialistenpartei zur Vorbereitung des Kongresses der Minderheit lebhaftest Meinungsverschiedenheiten entstanden: Lariat, Rappoport, Bourderon und Alexandre sprachen gegen Beteiligung der Sozialisten an dem Ministerium und gegen die Kriegskredite. Longuet und Deslépine erklärten sich für letztere, solange Frankreich einen Verteidigungskrieg führe und Nordfrankreich und Belgien vom Feinde besetzt seien; Longuet war für Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, falls sie dadurch ihre Meinung in der Friedensfrage zur Geltung bringen könnten. Vermittlungsversuche zwischen beiden Richtungen mißglücken, ein Ausschuss soll eine für beide Teile annehmbare Entschliessung ausarbeiten.

Kein „Avanti“ an der Front!

Berlin, 18. September. Nach Aussagen italienischer Gefangener der 36. italienischen Division ist für alle italienischen Truppen der Salonifront und des albanischen Kriegsschauplatzes der „Avanti“ verboten, weil nach Ansicht der Gefangenen diese Zeitung die Wahrheit sagt und nicht für den Krieg ist.

Das Verbot wirkt symbolisch. „Avanti“ heißt nämlich auf deutsch „Vorwärts“.

Kriegsabotage in Italien.

Dem „Temps“ zufolge fand am Sonnabendabend in Rom ein langer Ministerrat statt, der in politischen Kreisen lebhaften Eindruck hervorrief. Der Ministerrat befahte sich mit Zwischenfällen in Civitavecchia, wo Hafenarbeiter sich geweigert hatten, einen eingetroffenen Getreide dampfer zu löschen. Der Ministerrat hieß die von Orlando sofort getroffenen energischen Maßnahmen gut und beschloß, mit äußerster Energie jeden künftigen Versuch von Kriegsabotage zu unterdrücken. Ferner erörterte der Ministerrat die zu ergreifenden Maßnahmen, um völlige Ruhe und normale Arbeitsentwicklung in den Zonen, die für den Kriegsbedarf arbeiten, sicherzustellen. Eine amtliche Mitteilung der Regierung fügt hinzu, daß gegenüber jedem Sabotageversuch, den die Behörden, die das Land zornig ausbungen wollen, jede Nachsicht verbrecherisch wäre. Die Regierung werde und müsse alles tun, um die Ausführung der verbrecherischen Pläne zu verhindern, und sei gewiß die bedingungslose Unterstützung der Öffentlichkeit hinter sich zu haben.

Die Ausschreitungen scheinen sich aber nicht auf Civitavecchia beschränkt zu haben. In der Schweiz wird aus der völligen Unterbindung jedes Verkehrs mit Italien gefolgert, daß die Arbeiter in dem industriell so bedeutsamen Oberitalien ihrer Kriegshatigkeit drohtigsten Ausdruck gegeben haben.

Branting fordert den Rücktritt der schwedischen Regierung.

Die konservative Wahlniederlage.

Stockholm, 17. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestrige, anlässlich der Wahlen von der Arbeiterpartei veranstaltete Kundgebung für die Demokratie und den Völkerfrieden fand trotz starken Unwetters statt. Etwa 10 000 Teilnehmer marschierten mit Musik zu einem Meeting, wo Branting, Palmstjerna und andere sprachen. Branting führte aus, die russische Revolution habe die Hoffnung auf den Weltfrieden der Demokratie geweckt, aber der Imperialismus reide sich neuerlich in beiden Kriegslagern empor. Der deutsche Reichstag nahm wohl die Friedensformel der russischen Revolution an, aber er ließ in seiner Entschliessung das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus. In den westlichen Ländern verfuhrte man das proletarische Einheitsstreben zu vereiteln und griff zur Pöbelverweigerung. Diese Maßnahme glückte wohl für den Augenblick, aber die Konfession wird nicht ausgegeben. Branting und andere Redner kritisierten aufs schärfste die Außenpolitik des schwedischen Ministeriums und wiesen auf den argentinischen Zwischenfall hin. Branting forderte den Rücktritt der schwedischen Regierung mit Rücksicht auf die über die Depeschenvermittlung gutage geförderten Tatsachen.

Der bisherige Wahlverlauf zeigt den Zusammenbruch der konservativen, so daß ein Systemwechsel in der Regierung als unvermeidlich gilt. Wahrscheinlich wird eine liberal-sozialistische Koalitionsregierung der jetzigen folgen, obwohl jetzt die konservativen Neigung zu einer nationalen Konzentrationsregierung zeigen, die indes für die Sozialisten unannehmbar ist. Diese sind entschlossen, die Verfassungsbewahrung durchzusetzen.

Holländische Kammereröffnung.

Haag, 18. September. Der Ministerpräsident eröffnete heute nachmittags im Namen der Königin die Generalstaaten mit einer Ansprache, in der er u. a. auch sein Urteil über die Friedensaussichten abgab. Nach der Meldung der niederländischen Telegraphenagentur führte er aus:

Die Aussichten für den kommenden Winter sind wenig befriedigend. Die von verschiedenen Seiten ausgehenden Bestrebungen, dem schrecklichen Völkerringen ein Ende zu machen, die von unserer Nation mit warmem Interesse begrüßt wurden, haben das angestrebte Ziel noch nicht erreicht. Wir sind noch immer genötigt, uns inmitten von einander heftig bekämpfenden Feinden bereitzuhalten, um mögliche Verletzungen unserer Neutralität abzuwehren. Der Ministerpräsident forderte dann weiter ein Zusammenwirken aller ohne Unterschied von Klasse und Stand, um den holländischen Staat angesichts der steigenden Rot der Völker aufrechtzuerhalten.

Generalstreik in Argentinien.

Amsterdam, 18. September. Ein hiesiges Blatt meldet aus London: Die argentinische Regierung hat ihre Vermittlung bei dem drohenden Generalstreik angeboten, aber die Gewerkschaften haben sie ohne Angabe von Gründen rundweg abgelehnt. Der ganze Verkehr auf der Zentral- und der Cordobabahn hat aufgehört; die Telegraphenlinien sind unterbrochen.

Amerikanische Ausfuhrverbote.

New York, 17. September. (Reuter.) Um die notwendigen Vorräte sicherzustellen, hat der Verwaltungsrat für die Ausfuhr gestern noch eine lange Liste der Waren bekanntgegeben, deren Ausfuhr vollständig verboten ist, wofür der Versand nicht unmittelbaren Kriegszwecken dient. Die Liste führt auf: Weizen, Mehl, Zucker, Butter, Baumwolle, Eisen und Stahl aller Art, viele Chemikalien und einige andere Artikel. Hinzugefügt wird in der Bekanntmachung, daß begrenzte Mengen der erfassten Artikel in gewissen anderen Fällen ausgeführt werden können, wenn es ohne Nachteil für die Vereinigten Staaten geschehen kann oder wenn es für notwendige medizinische oder pharmazeutische Zwecke erfolgt.

Eine neue ungarische Regierungspartei.

„Deli Hirlap“, ein neubegründetes Organ der ungarischen Regierung, weiß aus bester Quelle zu melden, daß der Bildung einer großen einheitlichen Regierungspartei in Ungarn nichts Wesentliches im Wege steht. In kürzester Zeit soll die Partei aus Anhängern Andrássy, Apponyi und Wasszenyis konstituiert werden. Führer der Bestrebungen ist Premierminister Welerke. Das Programm der neuen Partei ist bereits in den Programmpunkten gegeben, auf denen die drei Parteien, die unter Führung des Grafen Apponyi, Andrássy und Wilhelm Wasszenyi stehen, fußen. Auch die katholische Volkspartei, die Dissidenten und die Tisza-Partei werden sich wahrscheinlich an der neuen Regierungspartei beteiligen. Nur Karolyi mit seiner Partei zielt auf eine Neugestaltung und wird eine Ausnahme bilden.

Die Bildung und Entwicklung der neuen Partei, in der Andrássy und Apponyi den Großbesitz, Wasszenyi die großstädtische Demokratie verlorperen, kann mit Spannung erwartet werden.

Die Polenproklamation in der französischen Presse.

Rur wenige französische Blätter besprechen die Neuregelung in Polen. Sie erklären ausnahmslos, daß in Polen dadurch nichts geändert sei. Die neue Verfassung sichere kein unabhängiges polnisches Leben. „Temps“ bemerkt, Deutschland wolle mit Unterstützung einiger bevorzugter Polen gegen den Willen des polnischen Volkes regieren.

Fliegerbomben auf Süddeutschland.

Berlin, 18. September. Unsere Gegner unternahmen am 16. 9. mehrere Bombenflüge gegen das süddeutsche Heimatgebiet. Es wurden angegriffen: Stuttgart, Tübingen, Freudenstadt, Oberndorf, St. Ingbert, Saarbrücken und Colmar. Bei Stuttgart wurde ein Soldat leicht verletzt, in Freudenstadt und Colmar entstand Gebäudeschaden. Alle übrigen Angriffe verursachten weder Verluste an Toten und Verwundeten noch Sachschaden. Drei der feindlichen Flugzeuge wurden innerhalb des Heimatgebietes abgeschossen.

Der Krieg auf den Meeren.

Amstich. Berlin, 17. September. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings

17 000 Br.-Reg.-T.

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befindet sich der bewaffnete englische Dampfer Sycamore mit 9200 Tonnen Stückgut. Das Stückgut, unter dem sich nach Angabe des gefangenen ersten Offiziers 970 Tonnen Kupfer befanden, hatte einen Wert von 8 1/2 Millionen Mark. Ein anderer großer bewaffneter englischer Dampfer wurde aus harter Sicherung herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Französische Schiffsverluste.

Paris, 17. September. (Meldung der Agence Havas.) Der Dampfer Drénoque und das Petroleumschiff Bouvet sind am 12. September, nachts um 11 Uhr, im Mittelmeer zusammen gestoßen. An Bord des Bouvet brach ein Brand aus. Das Schiff ging eine Viertelstunde später infolge einer Explosion unter. Von der Besatzung des Schiffes ist niemand verunglückt. Drénoque konnte trotz seiner Beschädigungen die Küste von Algier erreichen. — Einige eingeborene Arbeiter, die im Augenblick des Zusammenstoßes über Bord gingen, werden vermisst.

Paris, 18. September. (Meldung der Agence Havas.) Das Vorkrautenschiff Jeanne I. wurde in der Nacht zum 7. September von einem Raubfahrtschiff in den Grund gebohrt. Der Kapitän und 19 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Eine neue Art der U-Boot-Kriegsführung.

Bern, 17. September. Eine offizielle Meldung Pariser Blätter besagt, daß angesichts der neuen Art der U-Boot-Kriegsführung durch die Deutschen, welche U-Boote in Geschwadern operieren lassen, zu erwarten sei, daß die neue Phase des U-Boot-Krieges einen ganz besonderen Ernst annehmen werde.

Monarchie und Kriegspartei.

Erklärung des Grafen Pourtalès.

Graf Pourtalès, früher deutscher Völkenschafter in Petersburg, hat sich zu einem Vertreter des holländischen „Nieuws Bureau“ in wenig bemerkenswerter Weise über den Suchomlinow-Prozess geäußert. Immerhin seien folgende Sätze festgehalten:

Nach meiner Meinung, und ich werde durch die Enthüllungen im Suchomlinow-Prozess noch darin bestärkt, war der Zar persönlich gegen den Krieg. Er wurde jedoch durch die Kriegspartei in eine Zwangslage versetzt und zum Kriege gezwungen.

Dst ist uns die „starke Monarchie“ als Friedensbürgschaft gepriesen worden. Nun stellt sich heraus, daß gerade in der stärksten Monarchie, die die Welt vor dem Kriege besaß, der Monarch nichts und die Kriegspartei alles war!

Sie wollen keine Kriegsanleihe zeichnen!

Wiederholt haben wir verdeckte Drohungen der Alldeutschen festgenagelt: wenn es nicht nach ihren Wünschen ginge, würde auch keine Kriegsanleihe gezeichnet. Ueber die Wirkungen dieser Agitation berichtet nun die „Kreuz-Zig.“ folgendes:

Aus dem Heißesten wird uns von einer angesehenen Persönlichkeit, die an der Spitze mehrerer großer Bauernorgani-

fationen steht, mitgeteilt, daß in der dortigen Bauernschaft lebhaftes Bedenken besteht, auf die neue Kriegsanleihe zu zeichnen. Man vermöge nicht einzusehen, wie bei einem Verzicht auf Kriegsschuldigungen die nötigen Mittel aufgebracht werden sollen, um unsere kolossalen Kriegskosten zu decken und die Anleihen zu verzinsen. Natürlich ist unser Gewährungsmann diesen Bedenken auf das entschiedenste entgegengetreten und hat an die Vaterlandsliebe der Bauernschaft appelliert.

Die „Kreuz-Ztg.“ knüpft daran noch einige Beschuldigungen aus eigenem Patriotismus nebst weinerlich-scheinheiligen Betrachtungen über die „törichte Friedensverkündung des Reichstags, die Schaden zu stiften geeignet ist“.

Wie indes die alldeutsche Presse im Augenblick, in dem die sicente Kriegsanleihe ausgelegt wird, für die „Belebung der Stimmung“ wirkt, zeigt u. a. ein gleichzeitiger Aufruf der „Täglichen Rundschau“, der sich zur Abwechslung nicht gegen den Reichstag, sondern gegen die Regierung richtet. Wir entnehmen ihm folgende Kernworte:

Amliche Schuld — Schwere Schuld. — Belgien hinter dem Rücken der Nation ausgeliefert. — Auf die unverantwortliche Weise preisgegeben. — Ein Schrei des heiligen Jornes. — Politische Unfähigkeit. — Leichtfertigkeit. — Böses Gewissen. — Die größte denkbare weltgeschichtliche Niederlage. — Derostratische Tat. — Unzulänglichkeit. — Uebertölpelte Diplomatie. — Verbrechen am Geist und Gewissen der Nation.

Aber nicht die alldeutsche Agitation ist schuld daran, daß Bauern, die doch wahrscheinlich durch den Krieg Geld genug verdient haben, aus Angst um die Zinsen keine Kriegsanleihe zeichnen wollen, sondern der Reichstag ist es — so sagt die „Kreuz-Zeitung“ — und nächstens wird es wohl auch heißen: die Regierung.

Dr. Michaelis und die Alldeutschen.

Auf das telegraphische Trommelfeuer, mit dem ihn die alldeutschen Stammtische seit Wochen überschütteten, antwortet jetzt der Reichskanzler mit einer summarischen Erklärung in der „Nordd. Wg. Ztg.“, die folgendermaßen lautet:

Von Vereinen und Körperschaften aus allen Teilen des Reiches gehen dem Herrn Reichskanzler Rundgebungen zu, die das Bekenntnis zu vaterländischer Zuerst und Entschlossenheit und das Gelübdis unbirrten, zielstrebigen Aushaltens bis zum glücklichen Ende zum Ausdruck bringen. Der Herr Reichskanzler ist leider außerstande, alle diese Telegramme einzeln zu beantworten. Wo deutsche Männer durch Tat und Wort für deutsche Selbstbehauptung, für das Erlöschen eines Friedens willen, der Freiheit, Blüte und Entwicklung des deutschen Volkes sich einsetzen, begleitet die freudige Zustimmung und der Dank des obersten Reichsbeamten ihr Streben und Schaffen.

Die Ziele, denen die freudige Zustimmung des Reichskanzlers gilt, sind so allgemein bezeichnet, daß sich irgendwelche konkreten Schlüsse auf die Stellung des Kanzlers in der Friedensfrage nicht ziehen lassen. Denn Freiheit, Blüte und Entwicklung des Deutschen Reiches fest verankert zu wissen, ist keineswegs ein Monopol der Alldeutschen, sondern dies wollen auch die Mehrheitsparteien des Reichstags, welche die Friedensresolution angenommen haben, und sie halten den von ihnen vorgezeichneten Weg hierfür für geeigneter als die alldeutschen Utopistereien.

Alldeutsche unter sich.

Wir berichteten schon vor einigen Tagen über den wunderbaren häuslichen Streit, den der Vorsitzende der Berliner alldeutschen Gruppe, Justizrat Stolte, und der Selbstenführer Rudolf Lebius vor dem Landgericht I Berlin ausgetragen haben. Jetzt veröffentlicht Lebius in seinem Organ einen ausführlichen Prozeßbericht, aus dem noch einige Details nachgetragen werden sollen. Lebius behauptet, daß die Berliner Alldeutschen alle diejenigen Personen aus ihrem Verein herausgeworfen haben, die nicht in innerpolitischen Fragen stramm konservativ gewesen waren. Zu den Opfern rechnete er nicht nur sich selber, sondern auch den Grafen Hoensbroech und den Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. — Interessant ist auch, mit welcher Begründung der Kläger, Justizrat Stolte, eine Erhöhung der in erster Instanz gegen Lebius erkannten Strafe forderte. Justizrat Stolte meinte, er sei Korpsstudent und Korpsstudenten müßten in Ehrensachen mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung geschützt werden, andernfalls müßte er sich selbst Recht verschaffen. Habe er doch vor sieben Jahren den Regierungsrat von Strang, der ihm Laktlosigkeit bormarf, auf Wikolen fordern lassen. Das Gericht löste derartige Zweikämpfe nur dadurch verhindern, daß sie die Beleidigungen von Korpsstudenten streng abndeten.

Der Grundlag, daß Korpsstudenten einen erhöhten strafrechtlichen Schutz genießen, verdient unseres Erachtens gesetzliche Festlegung. Er müßte allerdings dahin erweitert werden, daß der gleiche Schutz auch den Korps- und Couleurkunden zugesprochen wird, deren Ehre doch sicher höher steht als die eines gewöhnlichen Proletariats, der in den Schützengräben für die Verteidigung seines Landes kämpft.

Besonders war Justizrat Stolte empört, daß Lebius von moralischen Ohrfeigen geredet habe. Lebius aber verteidigte sich dahin: „Die Redensart von der Ohrfeige sei eine gebräuchliche journalistische Phrase“. Herr Lebius redet aus langjähriger alldeutscher Erfahrung und will wollen ihm nicht widersprechen, soweit sich seine Behauptung auf seine engeren Bestimmungsgenossen bezieht.

Verständigungsfeinde im Priesterrock. Prügelstrafe gegen Friedensfreunde!

Bei einer „vaterländischen Rundgebung“ hielt, wie die Niederrheinische Arbeiterzeitung meldet, in Duisburg in der verflohenen Woche der Felddivisionspfarrer Krügel eine aufreizende Rede, die in folgendem Auspruch gipfelte:

„Als an der Front die Nachricht von den Vorgängen im Reichstag bezüglich der letzten Friedensentscheidung bekannt wurde, da hat man dort bebauert, daß die Prügelstrafe nicht mehr besteht.“

Dieser Jünger Christi, der den Freunden eines Verständigungs-friedens Prügel wünscht, ist keineswegs eine vereinzelt Erscheinung. Die „Arenzeitung“ berichtet in ihrer Diensttag-Abendnummer über eine Rede, die ein Amtscollege des prügelstiftigen Herr Krügel, Divisionspfarrer van den Bruck, gleichfalls auf einer vaterländischen Versammlung, in Wormen hielt. Nach dem Berichte der „Arenzeitung“ warnte dieser Gottesmann vor einem faulen Frieden. Weiter bezeichnete er es als den Wunsch aller Soldaten, daß die innerpolitischen Fragen bis nach dem Kriege zurückgestellt würden. — Herr Krügel wie Herr van den Bruck beweisen nur, wie fremd sie der wirklichen Stimmung der Soldaten gegenüberstehen.

Als dritter im Bunde sei noch schließlich ein Cheuntlicher Gottesmann, der Pastor Hoffmann, erwähnt, der unter dem Titel „Selbstbehauptung oder Selbstverleugnung?“ eine politische Predigt hat im Druck erscheinen lassen. Schon der Uneritelt „Ein Wort gegen den Verzichtfrieden“ weist auf seine Gemütsverfassung hin. Dem protestantischen Pastor ist der Verständigungs-friede bereits deswegen verdächtig, weil die Sozialisten und der Papst für ihn eingetreten sind. Er sucht nachzuweisen, daß ein Lutheraner anders denken müsse, denn für ihn sei Religion und Politik fein säuberlich geschieden. Herr Hoffmann preist das Doutschtum als Salz und Sauerteig der Welt. „Ohne uns“ — ruft er aus — „wird die Welt ganz und gar dem englisch-amerikanischen Geist ausgeliefert, dem Geist des Mammons und der Lüge... Der englisch-amerikanische Geist hat keine Seele mehr, sondern nur noch eine Latz... Darum, deutsches Volk: halte, was du hast!“

In seinem eigenen Bock des Rusters aller Erbarmlichkeit, in den anderen Völkern den verworfenen Ausschaf sehen. — was hat diese Anschauung noch gemein mit der Menschen- und Nächstenliebe, die Jesus Christus gepredigt hat?! „Halte, was du hast!“, das ist die Quintessenz der Weisheit dieses Gottesmannes. Sellen ist die Grundbes der christlichen Glaubens so verzerrt, so in ihr Gegenteil entstellt worden, wie in diesem Weltkrieg von ihren berufsmäßigen Verkündern.

Die gekränkte Vaterlandspartei.

In einer Pressenotiz macht die „Deutsche Vaterlandspartei“ ihrem geprehten Herzen darüber Luft, daß eine Anzahl von Blättern, darunter der „Vorwärts“, die Aufnahme des Aufrufs der „Deutschen Vaterlandspartei“ als bezahlte Anzeige verweigert haben. Sie knüpft daran eine Reihe böhnischer Bemerkungen, so u. a. daß sich diese Blätter vor ihren eigenen Lesern nicht sicher fühlen und Vorsicht als der Tapferkeit besseren Teil betrachten. Das ist natürlich eine dummdreiste Unterstellung. Daß der „Vorwärts“ keineswegs das Urteil seiner Leser scheut, beweist der Umstand, daß er ihnen sehr ausführlich von der Gründung der neuen Partei Kenntnis gegeben und auch in seinem redaktionellen Teil die wichtigsten Sätze des Aufrufs abgedruckt hat. Wenn der „Vorwärts“ das bezahlte Inserat der Deutschen Vaterlandspartei ablehnte, so geschah das allein aus dem Grunde, um jede Spur des Verdachtes zu vermeiden, daß er für das Geld, mit dem die neue Partei ja reichlich um sich wirft, irgendwelche Empfänglichkeit gelte.

Das Amtsgericht als Erlaß-Mieteinigungsamt.

Durch B. L. V. wird folgende Notiz verbreitet: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 15. d. M. in Abänderung der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 28. Juli angeordnet, daß, solange im Bezirk einer Gemeinde ein Einigungsamt oder eine andere in Frage kommende Stelle nicht errichtet werden konnte, die Amtsgerichte die den Einigungsämtern zugeordneten Befugnisse zum Schutze der Mieter ausüben können. Die bei dem Einigungsamte bei der Entscheidung mitwirkenden mindestens zwei Beisitzer aus dem Kreise der Hausbesitzer und dem der Mieter fallen bei den Entscheidungen der Amtsgerichte allerding weg.

In Preußen haben noch nicht allgemein die vorgesehenen Einigungsämter errichtet werden können. Insbesondere ist es nicht möglich gewesen, überall die Befetzung der Einigungsämter mit geeigneten Beisitzern rechtzeitig sicherzustellen. Da aber die Entscheidung über die erfolgten Ründigungen in zahlreichen Fällen vor dem 1. Oktober 1917 erfolgen muß, sind die Befugnisse der Einigungsämter einstweilen dem Amtsgericht übertragen worden. Wiederholt war in der Öffentlichkeit bereits behauptet worden, daß an diesen Orten Einigungsämter noch nicht errichtet waren. Hier schafft also die Bundesratsverordnung eine zweckentsprechende Aushilfe, damit die Bestimmungen zum Schutze der Mieter auch überall rechtzeitig durchgeführt werden können.

Nochmals: Die Kriegsteilnehmerorganisation der Kriegervereine.

Zu unserer Notiz in Nr. 252 sendet uns der Vorstand des Ruffhauer-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände folgende Vertichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß die Vertreterversammlung des Ruffhauer-Bundes eine Entschlieung gegen die Friedensresolution des Reichstages angenommen hat.
2. Es ist unrichtig, daß der „Reichs-Krieger-Dank“ als die Zusammenfassung aller dorez gedacht sei, die am Kriege teilgenommen haben.

Aus einer weiteren Zuschrift des Vorstandes geht hervor, daß die Kriegervereine sich selber als die geeignete Zusammenfassung der Kriegsteilnehmer betrachten und daß der „Reichs-Krieger-Dank“ mehr als ein finanzielles Lomittel gedacht ist, um die Kriegsteilnehmer durch Gewährung materieller Vorteile für die Kriegervereine zu fördern. Diese Art der Anlodung hält man wohl deswegen für notwendig, weil man eingesehen hat, daß bei der großen Mehrheit der Kriegsteilnehmer für den Geist der Kriegervereine nicht die geringste Sympathie vorhanden ist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Fliegeroberleutnant Wolff gefallen. Berlin, 18. September. Fliegeroberleutnant Kurt Wolff, Ritter des Ordens pour le m6rite, zuletzt Führer der lange Zeit von Nischhofen geführten Jagdstaffel Nr. 11, ist am 15. September gefallen, 5 Tage, nachdem er zum Oberleutnant befördert worden war.

Parteinachrichten.

Die Partei und die Autonomie Elsaß-Lothringens. Der Sozialdemokratische Verein Rülhausen hat zur Frage der „Autonomie Elsaß-Lothringens“ Stellung genommen. Genosse Emmel berichtete über die Besprechungen in Berlin in der zweiten Hälfte des vorigen Monats. Er schilderte die Bemühungen der Reichsparteien über die unklaren Punkte der deutschen Politik, als da sind: Belgien, Polen, Elsaß-Lothringen usw. mit dem Kanzler zu einer klaren Verständigung zu kommen und legt dann dar, was für Absichten der Kanzler bezüglich Elsaß-Lothringen — vorbehaltlich der weiteren Beratung mit den Bundesstaaten — zu verwirklichen gedenkt. Nach einer Würdigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reichslandes fand diese Resolution einstimmige Zustimmung. Die am 6. September 1917 tagende Mitgliedserversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Rülhausen i. Esl. begrüßt die Bestrebungen, das bisherige Reichsland Elsaß-Lothringen zum vollberechtigten autonomen Bundesstaat auszugestalten; sie hält aber eine staatliche Freiheit nur für möglich, wenn auch die finanzielle Unabhängigkeit vorhanden und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit gesichert ist. Ferner hält sie für die Zeit des Ueberganges die Festlegung eines Wahlrechts für erforderlich, das in

demokratischer Weise der gesamten Bevölkerung Elsaß-Lothringens die Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Landes ermöglicht.

- Daher fordert die Versammlung:
- a) In wirtschaftlicher Beziehung:
 1. Die Uebernahme aller Kriegsschäden des Landes der Bezirke, der Gemeinden und Einzelpersonen durch das Reich.
 2. Die Beteiligung Elsaß-Lothringens an den Ueberschüssen der Reichseisenbahnen mit der Hälfte, mindestens aber mit 10 Millionen Mark jährlich.
 3. Eine Neuregelung der Vergütung der Erhebung der Zölle und indirekten Steuern auf der Grundlage, daß Elsaß-Lothringen mindestens seine eigenen Ausgaben ersetzt bekommt.
 4. Die moralische und materielle Unterstützung Elsaß-Lothringens durch das Reich bei der Ausnützung der Wasserkraft des Oberrheins.

- b) In politischer Beziehung:
 1. Einführung der republikanischen Staatsform.
 2. Die Vornahme der Landtagswahlen nach dem Verhältniswahlrecht. Jeder der drei Verwaltungsbezirke des Landes bildet nur einen Wahlbezirk.
 3. Einführung des Verhältniswahlrechts für die Gemeinderatswahlen. Jede Gemeinde bildet nur einen Wahlbezirk.
 4. Aufhebung der Wohnsitzklauseln bei dem Landtags- und Gemeindevahlrecht.
- Die Versammlung erklärt, daß nur durch Erfüllung dieser Bedingungen der angestrebte Ausbau der elsass-lothringischen staatsrechtlichen Verhältnisse zu wirtschaftlich und politisch zufriedenstellenden Zuständen führen kann.

Für Frieden und Freiheit

demonstrieren die Industriearbeiter des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises in acht an verschiedenen Orten des Kreises abgehaltenen Versammlungen. Diese waren äußerst stark besucht, teilweise sogar überfüllt. Referent in diesen Versammlungen war der Vertreter des Kreises Genosse Dr. Paul Lensch. Dessen Ausführungen fanden überall Zustimmung. In Kirchberg unterstrich ein Pastor die Ausführungen des Referenten, während in Reichenbach i. N. ein Alldeutscher, namens Müller, Genossen Lensch entgegen trat und seine alldeutschen Tiraden verzapfte. Genosse Lensch leuchtete ihm gründlich heim. In Eßterberg kam der wohl festeste Fall vor, daß auch der überwachende Beamte, ein Affessor, in die Debatte eingriff, doch in meist zustimmendem Sinne. Die Unabhängigen hatten die Versammlungen, bis auf die in Treuen, ungestört gelassen. Hier haben sie schon einige Anhänger, weshalb sie die Versammlung für ihre Zwecke auszunutzen gedachten. Als Wortführer hatte man den im Kreis bekannten Redakteur Seeger aus Leipzig herangeholt, der behauptete, daß Lensch nie Sozialdemokrat gewesen sei, womit er sich und die Leipziger selbst bihöftelte, denn er und seine Leipziger haben sich dann jahrelang einen nichtsozialdemokratischen Christdemokraten gefallen lassen und haben auch dem Nichtsozialdemokraten Lensch zu einem Reichstagsmandat verholfen.

In einer gut besuchten Versammlung in Weimar, in der für den verhinderten Abgeordneten Stücken der Abgeordnete Baudert über die Sozialdemokratie für Frieden und Freiheit sprach und sich entschieden gegen das Treiben der Alldeutschen wandte, wurde eine Entschlieung einstimmig angenommen, in der ein Verständigungsfrieden und Demokratisierung der Verfassung gefordert wurde.

Vor mehr als 2000 Personen sprach am Dienstag Abgeordneter Schöpflin in Dessau für den Frieden und die Demokratie. Zwei Vertreter des Eroberungskrieges, ein Oberleutnant und ein Pastor, traten ihm entgegen. Sie forderten die Fortsetzung des Krieges, bis die Gegner niedergeworfen sind; ferner Annexionen in Ost und West. Nur wenige Duzend Versammlungsteilnehmer stimmten ihnen zu, dagegen fanden der Referent und Wg. P. u. S. stürmische Zustimmung, als sie den Eroberungskrieg scharf verurteilten und für den Verständigungsfrieden eintraten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand gegen wenige Stimmen Annahme.

Tausend gegen sechs.

In der 8000 Einwohner zählenden Kreisstadt Lüben in Nieder-Sachsen fand am 9. September die erste von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung statt. Den größten Saal am Orte füllten weit über tausend Personen aus allen Bevölkerungskreisen, viele fanden keinen Einlaß mehr. Der Bezirkssekretär, Genosse Charles G6rlich, referierte über das Thema: „Frieden der Verständigung und Freiheit im Innern“. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Obwohl in der Diskussion ein Herr Kraumann aus Bresslau vom „Unabhängigen Ausschuf“, sowie ein Rechtsanwalt und ein Major z. D. aus Lüben dem Referenten in längeren Ausführungen entgegen traten, wurde die sozialdemokratische Resolution für den Verständigungsfrieden mit über 1000 gegen 6 Stimmen angenommen. Neben den Diskussionsrednern stimmten noch ein Geistlicher und zwei höhere Beamte dagegen. In einer von über 400 Personen besuchten Versammlung in Kokenau (zu dem rein ländlichen Kreis Lüben gehörend) wurde unsere Entschlieung einstimmig angenommen. Aus beiden Orten fand unter einigen Wochen vom „Unabhängigen Ausschuf“ und von den Alldeutschen Entschlieungen und Telegramme an Hindenburg und den Reichskanzler abgefaßt, worin behauptet wurde, daß die große Masse der Bevölkerung den Beschluß der Reichstagsmehrheit verwirft und für Vandalen, Entschädigungen und Nachschuß voll und ganz eintrete. Die Versammlungen waren die Probe aufs Exempel.

Letzte Nachrichten. Erklärung Painlev6s.

Paris, 18. September. (Meldung der Agence Havas.) Heute nachmittag ist eine Erklärung des Ministerrats in den Kammern verlesen worden, die folgendermaßen beginnt:

Die Stunde eignet sich weder zu langen Reden noch für lange Programme. Alle materiellen und moralischen Kräfte der Nation für den entscheidenden Augenblick des Ringens zusammenzufassen, das ist die Pflicht, welcher die Regierung sich ganz und gar widmen muß und will. Der Krieg, der sich immer länger hingiehl, belangt von allen die völlige Selbstverleugnung und den größten Opfermut; je mehr wir uns dem Ende nähern, um so mehr wird die moralische Widerstandsfähigkeit der Nation ein ausschlaggebendes Mittel zum Siege werden. Gerade gegen diese moralische Widerstandsfähigkeit erklären unsere Feinde, die uns auf den Schlachtfeldern nicht haben besiegen können, ihre Angriffe verdoppeln zu wollen; Soche der Regierung ist es, ihre Wachsamkeit gegen diese hinterlistigen Unternehmungen und ihre Energie gegenüber denjenigen, die diese Unternehmungen unterstützen würden, zu verdoppeln. Die Gerechtigkeit wird in den bereits eröffneten Untersuchungen ebenso wie in denen, die noch folgen könnten, ihren Weg ohne Zaudern, ohne Schwäche, ohne Rücksicht auf die Stellung irgend jemandes verfolgen; wer sich zum Mitschuldigen des Feindes macht, muß die Strafe des Gesetzes fühlen. Die Regierung zählt auf die Vaterlandsliebe aller und auf die Selbstbeherrschung der öffentlichen Meinung, damit die Gerechtigkeit ihr Werk in Ruhe und Würde vollbringe und unvorsichtigen Verallgemeinerungen, den eigensüchtigen Bestrebungen und dem heftigen Meinungsstreit der Parteien entrückt bleibe.

Soldatenaufuhr in Wiborg.

Lundun, 18. September. (Neutermeldung.) Nach einer Depesche aus Helsingfors vom 17. 9. kam es in Wiborg zu einem Soldatenaufuhr, bei dem 22 Offiziere getötet wurden. 60 Offiziere sind verschunden.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Die Verhandlungen in der Wäscheindustrie gescheitert.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Wäschearbeiter, die sehr stark besucht war, berichtete Kungz und entwarf ein Situationsbild von der augenblicklichen Lage im Beruf. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl er der Versammlung, das Zugeständnis der Unternehmer abzulehnen, da es den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter in keiner Weise genüge. Der Verband werde jetzt in jedem Betrieb einzeln vorgehen, zu welchem Zweck demnächst Betriebskommissionen einberufen werden, in denen eine Aufnahme der gezahlten Löhne und Zulagen stattfinden wird. Doch sollen Einzelabmachungen der Arbeiter mit ihrem Unternehmer unterbleiben. Wo keine Einigung zu erzielen ist, wird der Streik ausgedehnt angesetzt werden. Die Versammlung teilte einstimmig den Standpunkt des Redners und stimmte geschlossen folgender Resolution zu:

„Die heute, den 17. September 1917, in der Drauerlei Pfefferberg tagende Wäschearbeiter-Versammlung erklärt nach Kenntnisnahme des Schreibens der Fabrikanten vom heutigen Tage:

Die hier gemachten äußerlichen Zugeständnisse tragen den derzeitigen Verhältnissen in gar keiner Weise Rechnung. Abgesehen davon, daß die in Aussicht genommene Teuerungszulage von 1 M. pro Tag bei weitem zu niedrig ist, kommt noch in Betracht, daß sie den im Wochenlohn Beschäftigten versagt wird. Das Anerkenntnis der Fabrikanten, wonach einem großen Teil der Beschäftigten der 10 prozentige Lohnzuschlag gemäß der Verordnung vom 15. Mai 1917 noch zu zahlen ist, weil die Arbeiterinnen nicht mehr als 27 Mark und die Arbeiter nicht mehr als 86 Mark die Woche verdienen, zeigt, wie ungenügend die Lohnverhältnisse in der Wäscheindustrie sind.

Aus der Erklärung der Fabrikanten, daß die Zuschläge für Mehrleistung, d. h. erschwerte Arbeit, nur dann bestehen bleiben sollen, wenn sie nicht für ein begrenztes Quantum oder für eine bestimmte Sorte gewährt worden sind, ist zu entnehmen, daß die von ihnen behauptete erhebliche Aufbesserung der Stücklöhne auf die Teuerungsverhältnisse keine Rücksicht nimmt, sondern nur mit Rücksicht auf die Mehrarbeit erfolgte.

Da die Fabrikanten im Zeitraum von drei Monaten keine Zeit gefunden haben, wegen der Löhne ihrer Arbeiter zu verhandeln, so sieht die Versammlung angesichts des geringen Angebotes die Verhandlungen als gescheitert an.

Sie fordert die in der Wäscheindustrie Beschäftigten auf, die von der Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider und Wäschearbeiter Deutschlands als geeignet bezeichneten Schritte zur Erlangung einer zeitgemäßen Lohnerhöhung zu unternehmen.“

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Sechs Hilfsarbeiter der Firma H. u. Co. fordern gemeinsam eine Lohnzulage von 5 Pf. für die Stunde. Für den Betrieb besteht eine zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Eisenkonstruktionsbetriebe abgeschlossene Vereinbarung, die die Lohnverhältnisse und Teuerungszulagen bis zum Ablauf dieses Jahres regelt. Die klagenden Arbeiter werden nach den Grundätzen dieser Vereinbarung bezahlt. Die 5 Pf. Erhöhung fordern sie lediglich deshalb, weil einige andere Arbeiter 5 Pf. höheren Lohn haben. Die Firma lehnt es ab, den Klägern zu ihrem bisherigen Satz von 1,20 M. für die Stunde noch weitere 5 Pf. zu gewähren, und auch der Kriegsausschuß konnte sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Forderung berechtigt sei. Die Arbeiter wurden deshalb mit ihrer Klage abgewiesen.

Der Schlosser D. von der Firma H. u. Co., Erasmusstraße, fordert den Kriegsausschuß, weil er glaubt, nicht mehr bei der Firma arbeiten zu können. In der Sache wird festgestellt, daß D. einen Wochenverdienst bei regulärer Arbeitszeit von 240 M. erzielt hatte. An einem Tage hat er sich krank gemeldet, hat aber nachmittags in einem Konkurrenzbetriebe gearbeitet. Dabei ist er von seinem bisherigen Arbeitgeber getroffen worden. Eine andere Begründung, als daß es ihm nun wohl nicht mehr möglich sei, bei seinem bisherigen Arbeitgeber zu arbeiten, wurde vom Kläger nicht gegeben. Unter diesen Umständen konnte der Kriegsausschuß dem Verlangen des Klägers nicht entsprechen.

10 Transportarbeiter der Firma D. u. Da., Lichtenberg, fordern den Ablehrschein, weil die Firma es abgelehnt hat, den Lohn, der jetzt 1 M. pro Stunde beträgt, auf 1,20 M. zu erhöhen. Trotzdem der Kriegsausschuß anerkennt, daß die Lohnsätze nicht unter dem Durchschnitt der Verdienste der Transportarbeiter der Industrie sind, wird der Firma geraten, eine kleine Lohnzulage zu gewähren. Es kam dann ein Schiedsspruch zustande, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß ab 19. d. M. die Arbeiter 5 Pf. Zulage erhalten, und wenn die Firma dies nicht tun will, hat sie allen Arbeitern den Ablehrschein zu geben.

Die Transportarbeiter H. und D. der Firma A. E. G., Oberichöneweide, fordern den Ablehrschein, weil sie von der Firma mit 5 M. Strafe belegt worden sind. Es wird festgestellt, daß die Strafe verhängt worden ist, weil beide Kläger entgegen der Arbeitsordnung und entgegen den Vorschriften für Munitionsbetriebe geraucht haben. Die Kläger behaupten, der Betriebsleiter und Meister hätten deshalb bereits ihre Entlassung ausgesprochen. Es wird der Firma geraten, die Strafe zu reduzieren, und wird diese zuletzt auf 3 M. festgelegt. Im übrigen aber mußte die Sache vertagt werden, weil Meister und Betriebsleiter als Zeugen vernommen werden sollen.

Der Bäcker M. von der A. E. G. Oberichöneweide fordert den Ablehrschein wegen zu geringen Verdienstes. M. ist als Nachwächter im Betrieb beschäftigt. Er war früher im Zentralhotel und hatte dort einen Verdienst von 65 M. für die Woche. Der Einberufungsausschuß hat M. der Firma überwiesen, und hier hat er nun als Nachwächter einen Verdienst von 52,50 M. für die Woche. Der Kriegsausschuß stellt auf dem Standpunkt, daß eine Verschlechterung der Verdienstverhältnisse auch durch Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst auf keinen Fall eintreten darf, und da die Firma es ablehnt, M. als Nachwächter mindestens den gleichen Verdienst von 65 M. zuzusichern, wird beschlossen, daß die Firma M. den Schein gibt oder aber ihn als Transportarbeiter beschäftigt, wo nach den eigenen Angaben der Firma ein wesentlich höherer Verdienst erzielt wird.

Weibliche Bureauangestellte.

Die Zahl der weiblichen Hilfskräfte in Bureau und Kontor hat sich während der Kriegszeit stark vermehrt. Nur ein kleiner Teil derselben gehört der gewerkschaftlichen Organisation an. Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands hat in seiner Groß-Berliner Ortsgruppe immerhin jetzt über tausend weibliche Mitglieder. Zu Kriegsbeginn zählte die Ortsgruppe nur 196, am 1. Juli 1916 waren es 504 und am 1. September d. J. 1078 weibliche Mitglieder. — Mit Recht betont das Organ des Verbandes, daß die weiblichen Angestellten nur in gemeinsamer Organisation mit ihren männlichen Kollegen ihre Lage verbessern können. Eine besondere selbständige Organisation der weiblichen Angestellten, wie sie immer wieder von Seiten bürgerlicher Frauen versucht wird, ist sachlich durch nichts begründet und ist auch nicht in der Lage, eine energische Vertretung der Interessen der weiblichen Angestellten zu sichern. Nicht gelungene Organisationen der männlichen oder der weiblichen Angestellten, sondern eine gemeinsame Organisation aller Angestellten, das ist die Voraussetzung für die tatkräftige Wahrung der Angestellteninteressen und für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten.

22. Tagung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.

Dresden, 17. September 1917.

Der diesjährige Deutsche Ortskrankenkassentag wurde heute vormittag im „Gewerbehause“ mit Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen Frähdorff-Dresden eröffnet. Es sind vertreten 283 Kassen mit 3 680 762 Mitgliedern durch 184 Arbeitgeber, 218 Versicherte und 185 Angestellte. Die sächsische Regierung läßt ihre Grüße durch Reg.-Rat Henke die Stadt Dresden durch Oberbürgermeister Dautler überbringen.

Als erster Redner der reichhaltigen Tagesordnung spricht der Präsident des Reichsversicherungsamts Geheimrat Dr. Kaufmann über

Zukunftsaufgaben der Krankenkassen.

Die deutschen Krankenkassen hätten in dem dreijährigen Weltkrieg die gewaltige Belastungsprobe ertragen und die soziale Fürsorge muß noch mehr wie zuvor ein unangenehmer Besitzstand des Deutschen Reiches bleiben. Er lobt die Kassen, die in der vorbeugenden Krankenfürsorge dem Gesetz vorausgeeilt seien. Vor allem gelte es den drei Volksfeinden, der Tuberkulose, den Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht entgegen zu wirken. Bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werde man um die Zwangshospitalisierung nicht herumkommen. In enger Verbindung mit diesen Fragen stehe die Wohnungs- und Säuglingsfürsorge. Erstere sei von den Krankenkassen durch Gewährung mündelsicherer Darlehen zum Zwecke der Errichtung von Kleinwohnungen zu fördern. Auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge, für die die Verbandskrankenkassen allein 2 1/2 Millionen an Krankengeld zahlten, sei fortgesetzt im Auge zu behalten. Die Kassenverwaltungen könnten aber auch praktisch ein übriges tun, indem sie Kriegsbeschädigte als Arbeitskräfte aufnahmen. Die so gegenwärtig wirkende Kriegswundenhilfe sei mit in den Frieden hinüber zu übernehmen. Wenn es sich gesetzlich nicht machen lasse, müßte die erweiterte Wochenhilfe als Mehrleistung der Kassen eingeführt werden. Der Redner ging zum Schluß auf das Zusammenarbeiten der Kassen mit den Versicherungsbehörden ein, das die Lösung all dieser Aufgaben ermöglichen würde.

Der nächste Punkt

„Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen“

umfaßt drei Vorträge. Oberarzt Dr. Kott-Berlin spricht über „Rutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“. Er geht von dem Gesichtspunkt aus, daß der eigentliche Träger der Säuglingsfürsorge die Kommune sei, doch könnten auch die Krankenkassen wirksam mitwirken, den schädlichen Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung zu begegnen, und zwar u. a. durch Gewährung von Wöchnerinnenheimspflege und Zusammenarbeit mit den Säuglingsfürsorgestellen und durch die belannten ausfallenden Ausstellungen.

Oberarzt Dr. Beschner-Dresden behandelt sodann die „Fürsorge für Lungenerkrankte“ von den belannten Gesichtspunkten aus. Erwähnenswert sind folgende Forderungen: die Einrichtung diagnostischer Untersuchungsstellen durch die Kassen oder durch Kassenverbände, besonders Krankenpflege in Ambulatorien der Krankenkassen oder Krankenkassenverbände.

In der Diskussion redet Graf-Kranfurt der Mitarbeit der Kassen in den Fürsorgestellen der Kriegshilfe das Wort. Wenn man praktische Rutter- und Säuglingsfürsorge treiben wolle, müsse man dafür sorgen, daß der Nahrungsmittelvorrat besichert werde, denn eine Mutter, die nichts zu essen habe, kann auch nicht stillen. In der Tuberkulosebekämpfung dürften die Versicherungsanstalten die Gewährung von Heilbehandlung bei jugendlichen Personen nicht von dem Nachweis der Marktenlebung abhängig machen.

Direktor Kohn-Berlin betont, daß Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und Fortfall der schlechten Ernährung der Säuglingssterblichkeit Einhalt gebieten würden.

Geheimrat Dr. Kaufmann wendet sich dagegen, daß man den schwer Lungenerkrankten die Hoffnung raube, indem man sie in Siedenhäusern unterbringe. Empfehlenswert sei das in Rheinland-Westfalen geübte Verfahren, diesen Kranken Unterkunft in Kreis- und Kreisbüchsen zu gewähren, wo sie ihren Familien nahe seien.

Nach Schluß der Debatte wurden entsprechende Entschlüsse einstimmig angenommen.

Zur Regelung des Ausstellungswezens der Ortskrankenkassen wird nach einem Vortrag Direktor Kohn-Berlin über die „Errichtung einer Ausstellungsvereinigung der Ortskrankenkassen“ beschlossen, innerhalb des Verbandes eine Ausstellungsvereinigung zu bilden.

Sodann referiert Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal über

„Die Aenderung der Reichsversicherungsverordnung“

und verbreitet sich dabei allgemein über die Zusammenhänge der Bevölkerungspolitik mit der Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen und der Erhöhung der Leistungen dieser und bringt dann die belannten Vorschläge vor. Notwendig sei die Erhöhung der Grundlöhne.

Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin, der über das gleiche Thema spricht, fordert in diesem Rahmen die Einführung der Wöchnerinnenhilfe auf die Dauer von 14 Wochen. Ebenso spricht er sich für die obligatorische Familienhilfe als Regelleistung aus. Sie sei nicht nur an die direkten Familienangehörigen, sondern auch an alle in der Familie des Versicherten vorhandenen Personen zu gewähren. Voraussetzung sei, daß auch die Unverheirateten zu den Kosten der Familienhilfe herangezogen würden. Der Redner fordert ferner Heraushebung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht auf 4000 und für die Versicherungsberechtigung auf 6000 M. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf selbständige Betriebsinhaber, die nicht mehr als fünf Personen gegen Entgelt beschäftigen. Aufhebung der belannten Bestimmungen, nach denen der Vorsitzende der Kasse in getrennter Abstimmung gewählt werden muß. Ueberhaupt müßten alle jene Bestimmungen fallen, die feinerzeit die Furcht vor Sozialdemokratie schuf.

Sanitätsrat Dr. Cohn-Dresden spricht sodann über die

„Fürsorge für Geschlechtskranke“

in welchem Vortrag Neues nicht vorgebracht wurde. Hieran schloß sich ein sehr interessanter Vortrag Dr. Oran-Berlin über

„Die fachärztliche Behandlung der chronischen Weineiden“

der durch eine große Zahl von Lichtbildern in wirksamer Weise unterstutzt wurde. Der Redner ist der Meinung, daß die Kassen mit den Spezialärzten Vereinbarungen treffen müßten, eventuell müßten für Kassenverbände eigene Einrichtungen für Weineiden geschaffen werden.

Darauf vertagte sich die Versammlung auf Dienstag 9 Uhr.

Berichtszeitung.

Die Weiskener Bank vor Gericht.

Am gestrigen Verhandlungstage setzte Landgerichtsdirektor Weg das Verhör der Angeklagten, zunächst des Angeklagten Kiesel, fort. Die Erörterungen erstreckten sich auf die naturgemäßen Zwecke der Genossenschaftsbank zu Weiskene, die zu dem Zweck begründet worden war, kleinen Handwerkern Kredit und Baugelder zu gewähren. Wer solche erlangen wollte, mußte Genosse werden. Die Anteile waren auf 500 M. die Haftgrenze auf 1000 M. festgesetzt. Die Grenze der zu gewährenden Kredite im Höchstmaße war ursprünglich ziemlich eng gezogen; sie erweiterte sich aber während der Wirksamkeit des Angeklagten Kiesel, da die Tätigkeit der Bank sich immer mehr dem Baumarkt zuwandte und die Notwendigkeit, zweite Hypotheken zu lombardieren, sich immer mehr zeigte. Im Jahre 1910

wurde bestimmt, daß der Gesamtzins für alle Genossen 4 Millionen Mark nicht übersteigen dürfe; im übrigen wurden im einzelnen die Grenzen für Baugeld- und Lombardkredite auf 200 000 Mark für Wechsel, Diskontokredite auf 50 000 M. und für andere Kredite auf 50 000 M. festgesetzt. Bei der großen Inanspruchnahme der Bank stellten sich schon 1912 Schwierigkeiten in der Beschaffung der Gelder ein. Die Bank selbst fand vorzugsweise mit der Dresdner Bank und der Société française in Verbindung; da sie aber fortgesetzt zweite Hypotheken befehlen mußte, mußte sie sich von anderer Seite Geld beschaffen, und zwar von Stellen, denen sie ganz unproportional hohe Vergütung zahlen mußte. Die Bank lombardierte an diesen Stellen die ihr zur Sicherheit von den Genossen überwiesenen zweiten Hypotheken und mußte dafür große Geldopfer bringen. In einem Falle war der Geldgeber ein Mann, der im Ruhe eines Bankrotts steht.

Auch an die Gemeinde Weiskene mußte sich die Bank um Geldhilfe wenden. Die Verbindung der Gemeinde mit der Bank begann etwa im Jahre 1907. Die Gemeinde ließ die Gehälter für die Beamten und Lehrer durch die Bank ausbezahlen, ferner nahm die Bank für die Gemeinde die Steuern ein. Die Gemeinde hatte ein laufendes Konto, auf welches sie ihre überschüssigen Gelder einzahlte gegen Hinterlegung von Hypotheken und Wertpapieren. Die Forderung der Gemeinde an die Bank betrug gewöhnlich 100 000—150 000 M., die von der Bank zu gebende Sicherheit mußte diese Summe um etwa 50 Proz. übersteigen; dieser Satz wurde unter Umständen auch noch erhöht. Am 31. Dezember 1912 betrug das Guthaben der Gemeinde 23 000 Mark und die dafür zur Sicherheit gegebenen Hypotheken etwa 643 000 M. Als die Bank in immer größerer Schwierigkeiten geriet, hat sie die Hilfe der Gemeinde in Anspruch genommen. Vom 21. Mai bis 23. Mai spielte sich ein kolossaler Aufruhr auf die Bank ab, da die Kunde von deren Geldschwierigkeiten sich schnell verbreitete. Die an dem Sparkonto beteiligten Interessenten — das Sparkonto betrug 2 1/2 Millionen Mark — und besonders die Interessenten des Scheckkontos verlangten stürmisch ihr Geld und während dieses Ruhs wurde schließlich der Ausschlußrat einberufen. Es wurde beschlossen, zunächst an jeden, der Geld zurückforderte, 200 Mark auszuzahlen, und zwar mit Hilfe von Mitteln, zu deren Vergabe sich die Gemeinde entschloß. Die Leute wurden betrostet und mit der Angabe beruhigt, daß sie keine Angst zu haben brauchten, da die Gemeinde dahinter stehe; es wurde auch eine dahingehende Erklärung veröffentlicht und so zunächst künstlich eine Beruhigung geschaffen.

Im weiteren Verhör des Angeklagten Kiesel erklärte dieser u. a., daß nach der Veröffentlichung der Beruhigungserklärung des Vorstandes der Ansturm zur Kasse wieder nachließ, aber schließlich doch in der Bank sich ein allgemeiner „Rudeln und Bel“ emviedelte, in dem er nicht zu sagen hatte und nur noch Kassierer war. Die Gemeinde Weiskene habe sich in der denkbaren strengsten Weise Sicherheit für ihr schließlich auf 1 436 752 M. emporgestiegenes Guthaben zu verschaffen gesucht und sich u. a. auch das gesamte Wechselportefeuille im Betrage von über 200 000 M. als weitere Sicherheit angeeignet. Nachdem der Kassierer sich wieder gelegt hatte, sind wieder Zahlungen an die Genossen geleistet worden; am 1. Juli 1913 wurde dann die Kasse geschlossen. Als die Bank durch Neues, Appelath und Kiesel an die Gemeinde mit der Bitte herantrat, der Bank zu helfen, wurden deren Verhältnisse als durchaus günstig dargestellt und nur von einer augenblicklichen Zahlungsstockung gesprochen, die in wenigen Wochen behoben sein würde. Daraufhin hatte die Bank von der Gemeinde Darlehen von über 1 Million Mark erhalten. Nach der Kassenschließung wurde der Verbandsreferent Sörrensen mit der Aufstellung einer Status für den 30. Juni 1913 beauftragt. Nach dessen Bericht und einer weiteren Aufstellung der Treuhändervereinigung waren zur Sanierung der Bank weitere 657 250 M. bzw. 850 000 M. erforderlich. Diese sollten von der Gemeinde, der Dresdner Bank und den Genossen gemeinschaftlich aufgebracht werden. Die Gemeinde hatte erklärt, daß sie nur dann Hilfe leisten könne, wenn die Sanierung in erster Linie von den Genossen in die Hand genommen und zu diesem Zweck die Anteile und Haftsummen um das Fünffache erhöht würden. Es fand dann am 5. Juli eine Generalversammlung statt, und in dieser wurde die Erhöhung beschlossen. Gleichzeitig aber legten Kiesel und Ulrich ihr Amt nieder und Henke kündigte seinen Posten. Die Kasse wurde am 9. Oktober wieder eröffnet. Inzwischen aber waren 42 vollstreckbare Urteile gegen die Bank ergangen und es lagen daraus 37 Forderungen im Betrage von über 150 000 M. vor. Ferner hatte die Bank auch einen großen Teil des Sanierungsgeldes dazu verwenden müssen, um zu unredlich weitergegebene Sicherheiten zurückzuhalten; so waren die Hilfskredite bald aufgezehrt und deshalb mußte die Kasse endgültig am 10. November geschlossen werden. Ein neuer Versuch, die Gemeinde abermals zur Vergabe von 1 Million Mark zu veranlassen, schlug fehl, und so wurde dann am 12. Januar 1914 über das Vermögen der Bank das Konkursverfahren eröffnet.

Nach Kiesel wurden die Angeklagten Fried und Henke als ehemalige Vorstandsmitglieder kurz über den Entwicklungsgang der Bank, den Charakter, den die Geschäfte derselben im Laufe der Jahre angenommen, und die Rolle, die die einzelnen Vorstandsmitglieder bei der Abwicklung dieser Geschäfte und bei der Kränkung von Generalversammlungsbeschlüssen vernommen. Die Verhandlung wird Mittwoch 9 1/2 Uhr fortgesetzt werden.

„Verteilung von Druckschriften.“

In Kaulsdorf waren die Frauen im Frühjahr sehr unzufrieden mit der Weiskenenbank, die dem Ort gelieferten Kartoffeln. Als dann im Juni eine Gerabebung der Kartoffelmenge auf 8 Pfund angekündigt wurde, nahm die Unzufriedenheit zu. Zettel wurden umhergetragen, die zum Protest gegen die Gerabebung aufriefen und für die gemeinsam Protestierenden einen Treffpunkt angaben. Die in der Armenkommission und in der Kriegsärztl. lätige Frau Buchmann, die mehrere solche Zettel in ihrem Briefkasten fand, wollte sich an dem Vorgehen beteiligen, um Einfluß auf den Verlauf zu haben. Sie gab die Zettel weiter an Frauen, die sie als besonnen kannte, und veranlaßte so auch sie zur Beteiligung. Alle Frauen begaben sich zusammen zum Gemeindevorstand und brachten beim stellvertretenden Gemeindevorsteher ihre Klagen vor, worauf er ihnen Auskunft über die Ursachen der Kartoffelnot gab. Für Frau Buchmann hatte die Sache ein Nachspiel: sie erhielt einen amtlich gerichtlichen Strafbefehl über 25 M., weil sie „Druckschriften“ verteilt habe, auf deren Name und Wohnort des „Druckers“ fehlten. Da sie Einspruch erhob, hatte das Schöffengericht Lichtenberg zu entscheiden. Als Zeuge beauftragt der stellvertretende Gemeindevorsteher Dzikowski, die schlechte Kartoffelbelieferung des Ortes habe Erregung hervorgerufen, so daß er selber Frau Buchmann mehrfach gebeten habe, ihren Einfluß zur Beruhigung geltend zu machen. Jene Protestkundgebung habe gerade infolge der Mitwirkung von Frau Buchmann einen ruhigen Verlauf genommen — und das zu erreichen, sei ihre wohlmeinende Absicht gewesen. Der Rechtsanwalt sah nicht hierin einen Grund die Anklage fallen zu lassen, sondern in dem Umstand, daß die Zettel als hektographierte Blätter keine „Druckschriften“ waren. Er beantragte daher Freisprechung, auf die das Gericht aus diesem Grunde und auch deshalb erkannte, weil fraglich sei, ob man jene Weitergabe der Zettel an bestimmte Personen als „Verteilung“ ansehen könne.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Mäßig warm und zeitweise heiler, jedoch dazwischenwiegend und im Binnenlande leichtere, an der Küste etwas stärkere Regenfälle.

Verantwortlich für Politik: Erich Rauter, Berlin; für den Abgaben Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Preis 1 Zeitschrift und Unterhaltungsblatt.

Groß-Berlin

Beschwerden über verdorbenes Obst.

Auf dem Habelganohtag wurden von Obstzüchtern lebhaft Beschwerden über angeblich große Mengen verdorbenen Obstes vorgebracht und die Reichsstelle für Gemüse und Obst dafür verantwortlich gemacht. Folgende Resolution wurde angenommen: „Der heute im Schägenbause zu Werder a. H. versammelte, gut besuchte außerordentliche Obstzüchtertage gibt seinem schärfsten Besremden darüber Ausdruck, daß auf dem Bahnhof Werder und in den Kellern der Marmeladefabriken Hunderte von Zentnern Obst, insbesondere Pflaumen und Birnen, verderben, wie es auch aus anderen Städten berichtet wird. Der Obstzüchtertage beauftragt den Vorstand des Habelganohtages sofort bei der Reichsstelle dahin vorstellig zu werden, daß unzerstörliche Maßnahmen getroffen werden, welche geeignet sind, solche Mischstände auszuschließen und von dem gefährdeten Obst zu retten, was noch zu retten ist! Um außerdem die in der Gruppenerteilung des Obstes für zahlreiche Obstzüchter enthaltenen Gärten und Anzuchtstätten auszuschließen, wurde einstimmig von der Versammlung beschlossen, im Vorstände der Reichsstelle eine Sortierung gesunder, schöner, mittlerer Ware der Gruppe II zu überreichen, die nach der Auffassung der Obstzüchterschaft Anspruch hätte, unter der Gruppe I berücksichtigt zu werden und daher einen höheren Preis erzielen würde.“

Zu diesen Beschwerden schreibt uns der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst:

„Die amtlichen Ermittlungen über den am Sonntag in einer Versammlung von Obstzüchtern in Werder behandelten Vorfall sind abgeschlossen. Obst wird in allen Teilen Deutschlands zurzeit in so großen Mengen befördert, wie noch niemals zuvor. Vielfachweise hatte ein süddeutscher Staat vorgestern an auswärtige Bezirke bereits das Vierzehnfache von dem gelieferten, was im ganzen verflochtenen Wirtschaftsjahre außer Landes gegangen ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Bewältigung so ungeheurer Obstmengen oft mit Schwierigkeiten verknüpft ist, die indes im Interesse des gesteckten Zieles überwinden werden müssen und auch bis jetzt dank der Mitarbeit aller Beteiligten überwunden worden sind. In Werder handelte es sich um einen Einzelfall, der nicht etwa die Regel bildet. Der Besitzer einer dortigen Marmeladefabrik, die von Reichswegen beliefert wird, hatte sich während eines Aufenthaltes in Bayern ohne Kenntnis der Reichsstelle 22 Wagonladungen Pflaumen gekauft, die ihm allmählich zugefandt werden sollten, aber an einem und demselben Tage eingetroffen sind, und zwar als gerade auch mehrere Wagonladungen von anderwärts her angekommen waren. Die Fabrik war in der Lage, das ganze Obst aufzunehmen und zu verarbeiten. Es fehlte aber an Veronal zum Anladen des Obstes aus den Eisenbahnwagen. Hierfür hätte sofort militärische Hilfe erbeten oder das Obst dem Frischmarkt zugeführt werden müssen. Leider ist keins von beiden geschehen, weil der Besitzer der Fabrik verreist war und sein Stellvertreter sich nicht zu helfen wußte. Auf diese Weise ist es gekommen, daß drei Wagonladungen Obst vier Tage lang unausgeladen vor der Fabrik gestanden haben. Als die Reichsstelle von der Sache erfuhr, hat sie mit einem militärischen Kommando das Obst sofort ausladen lassen. Der heute von der Reise zurückgekehrte Besitzer der Marmeladefabrik ist der Meinung, daß durch das lange Stehen zwar Obst verdorben ist, aber nur wenig, und daß er, im ganzen genommen, bisher nicht mehr Verlust gehabt hat als zu Friedenszeiten. Es ist selbstverständlich, daß das verdorbene Obst ansgefucht worden ist und zur Herstellung von Marmelade nicht verwendet wird.“

Danach sind die Beschwerden der Händler ziemlich übertrieben. Im übrigen wissen wir, daß auch bei ihrer Bewirtschaftung Obst und Gemüse verdorben ist. Der Zweck des Protestes war auch nur, Sturm zu laufen gegen die neuen Einschränkungen des Handels durch die Reichsstelle.

Markenfreies Fleisch.

Der Berliner Magistrat hat die Einfuhr von Spanferkeln in die Wege geleitet, die demnachst fleischmarkenfrei zum Verkauf an die Bevölkerung gelangen werden. Die Spanferkel werden nur in ganzen oder halben Tieren abgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Schlächter, und zwar nur an die bei ihnen eingetragenen Kunden, soweit Vorräte vorhanden sind.

Warum die Schuhwaren so teuer sind.

Darüber schreibt der Generalsekretär des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie: „Gemeinhin ist die Ansicht verbreitet, als ob die hohen Preise, die wir für Schuhe und Schuhreparaturen zu zahlen haben, auf übermäßig hohe Lederpreise zurückzuführen seien. Die Auffassung ist unzutreffend. Die Lederpreise stehen in Deutschland weit hinter denen der anderen Länder zurück. Bei genauer Berechnung ergibt sich, daß das gesamte Leder (Ober- und Unterleder) für ein Paar Schuhe (für Erwachsene) nur um 4-5 Mark teurer geworden ist, als es im Frieden war, wobei die Preisverhältnisse aus der Zeit unmittelbar vor dem Kriege und die jetzigen Höchstpreise zu Grunde gelegt sind. Da für Herren- und Damenstiefel mittlerer Preislage im Frieden 12,50 M. bis 16,50 M. für das Paar bezahlt worden sind, während heute oft 40 M. bis 50 M. angelegt werden müssen, so muß jedem einleuchten, daß das Leder zum allergeringsten Teil die Preisverhöhung verursacht hat. Bei Schuhreparaturen bezieht sich der Lederverbrauch für Sohlen und Abblatstiele für das Paar auf etwa 2,50 bis 3 M. Der Unterschied ist hier gegenüber der Friedenszeit nur 1,25 M. bis 1,75 M. Bei den Reparaturen bildet die Lederpreisverhöhung also ebenfalls nur einen kleinen Teil der für Reparaturen zu zahlenden Preisaufschläge.“

Demgegenüber schreibt der Uebersichtsausschuß der Schuhindustrie, das Leder zu einem Paar Stiefel für Erwachsene koste nicht um 4-5 M., sondern um etwa 7-8 M. mehr als im Frieden. Die Preise der außer dem Leder noch nötigen Zutaten (Futter usw.) seien um das Fünffache bis Zwölfwache gestiegen, da keine Preisbeschränkungen für sie bestehen. Der Schuhwarenpreis des Herstellers werde nach den heutigen um 100 Proz. höheren Gestehungskosten mit einem durch gesetzliche Verordnung auf 8 Proz. begrenzten Herstellergewinn berechnet. Versätze von Herstellern und Händlern seien auch in der Schuhbranche vorgekommen, doch sei die Gutachterkommission stets sofort eingeschritten. Der Uebersichtsausschuß habe angeordnet, daß Schuhwarenersteller und Vertretungsgesellschaften zu neuer berechnete Fertigerzeugnisse vom Verkehr auszuschließen oder billiger in Verkehr bringen. Schuhwaren zum Friedenspreis von 12,50-16,50 M. würden heute im Laden nicht für 40-50 M., sondern für 25-33 M. verkauft.

Es scheint jeder dem anderen die Schuld an der Schuhwarenverteuerung zu!

Der Kampf gegen den Schleichhandel. Bei einer unermuteten Revision zweier Berliner Bahnhöfe wurden den mit den Fernzügen ankommandierten Schleichhändlern folgende Warenmengen durch Beamte des Kriegswirtschaftsamtes abgenommen: 28 Zentner Fleisch, 1 1/2 Zentner Butter, 1 1/2 Zentner Butter, 2400 Eier, 8 Zentner Mehl, für 10 000 Mark Kleiderstoffe.

Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Eines der wichtigsten sozialen Probleme ist die Fürsorge für unseren Nachwuchs. Deutschlands Säuglingssterblichkeit wird nur übertroffen von derjenigen Rußlands, Rumaniens, Oesterreich-Ungarns und anderer östlicher Staaten. Wohl hat das Reich wichtige Maßnahmen durch Einführung der Stillprämie und des Wochengeldes

für Kriegserfrauen getroffen, doch bedurfte es einer bis ins Kleinste durchgeführten Organisation zur Fürsorge für alle Kinder. Zu diesem Zwecke hat sich für ganz Deutschland ein Ausschuß gebildet, dessen Ehrenvorsitz im Reich der bisherige Reichsminister von Bethmann Hollweg und Generalfeldmarschall von Hindenburg, für Preußen Staatsminister von Loeßel und Kriegsminister von Stein übernommen haben. Ehrenvorsitzender des Provinzialausschusses von Berlin ist Oberbürgermeister Wermuth. Die Durchführung der großen Aufgabe ist nicht möglich ohne Geld, das jetzt in der leider köstlichen Weise aufgebracht werden muß. Zu diesem Zweck findet in Berlin am 20. September ein Opfertag statt. 15 000 Schulkinder werden in den Straßen Geldsammlungen vornehmen.

dreistündigem Fischen war die Gewalt des Feuers gebrochen. Das obere Geschloß mit dem Dachstuhl konnte aber nicht mehr gerettet werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Tragödie einer Einsamen. In dem Hause Reanderstr. 10 wohnte für sich allein seit längerer Zeit eine 55 Jahre alte Auguste Hennig, die auch die Hausreinigung besorgte. Die Frau machte den Eindruck, daß sie geistig nicht ganz gesund war. Man pflegte sich im Hause wenig oder gar nicht um sie zu kümmern und ließ sie ihrer Wege gehen. Seit sechs Wochen sah man sie nicht mehr. Vor drei Wochen kloppte die Hauswirtin einmal bei ihr an. Die Frau erwiderte, daß sie bettlägerig krank sei; sie könne nicht aufstehen, sonst hätte sie sich schon bei der Wirtin gemeldet. Damit beruhigte sich die Wirtin, und im Hause hörte man nichts mehr von der Reimmachefrau. Gestern erschien ein Gerichtsvollzieher, um in ihrer Wohnung eine Aushandlung vorzunehmen. Er fand keinen Einlaß und erhielt auch auf Klopfen und Klingeln keine Antwort. Ein Schlosser mußte öffnen und es zeigte sich, daß die Tür von innen nicht nur verriegelt, sondern auch mit allen möglichen Sachen verstellt war. Die Reimmachefrau lag tot auf ihrem Bett, fast bis zum Knochengestir abgemagert. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Frau in ihrer Hilflosigkeit verhungert ist.

Ausgefundene Leichen. Am 16. d. Mts. wurden aus der Havel bei Heiligensee die Leichen eines unbekanntes Paares gelandet, das nur ein oder zwei Tage im Wasser gelegen hat. — Der Mann ist etwa 50-60 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat kurzeschnittiges Haar und Glatze, starken graumelierten Schnurrbart und ist bekleidet mit graugestreiftem Sommerüberzieher, schwarzem Gehrockanzug, weissem Vorhemd mit Stehragen und schwarzem rottarierten Schilps, grauen Strümpfen und schwarzen Schnürstiefeln. Die vorgefundenen Taschentücher sind gezeichnet G. K., O. K., J. O., ebenso ist die silberne Remontoiruhr mit O. K. gezeichnet. — Die Frau ist etwa 45-50 Jahre alt, klein, schlank, hat graumeliertes Haar, rundes Gesicht, große Nase, künstliches Gebiß und ist bekleidet mit schwarzer Boa, reifarbenem Mäntel, blauer Voktbluse mit weissem Spitzenkragen, schwarzem Rock, gelbem Unterrock mit Falbelbesatz, weissem Vordachunterrock und Hofe, weissem Hemd mit Monogramm O. F., schwarzen Strümpfen und Halbschuhen. — Die Leichen sind nach der Leichenhalle in Heiligensee a. H. gebracht. Bahrscheinlich liegt Selbstmord vor. Erkennner der Toten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.

Schöneberg. Magistrat und Stabverordnete gegen die Regierung. Die Sitzung am Montag beschäftigte sich mit dem Verhalten der Regierung, die bekanntlich Schöneberg und Wilmersdorf bei der Ausschreibung der englischen Gaswerke ausgeschaltet hat. Starke (Vst. Fr.) erklärte, diese Art von Neuorientierung der Regierung den Gemeinden gegenüber müsse den schärfsten Protest der Gemeinden hervorrufen. Bezahlen sollen die Gemeinden an Regierung und Landkreis, aber Ansprüche dürfen sie nicht erheben. Schöneberg würde hierfür an diese Organe keinen Pfennig zahlen. Eine vernünftige Preisregulierung habe die Regierung nicht finden können, die Preise sollen doch bloß hochgeschraubt werden, um England Gelegenheit zu geben, das investierte deutsche Kapital zu halten. Die Regierung scheint zum Ausdruck bringen zu wollen, als wenn ihr die ganze kommunale Richtung nicht paßt. An eine Unterbeilegung bei den Landkreisen denkt Schöneberg gar nicht und wird nach Ablauf des Vertrages jedem Dritten gewaltige Schwierigkeiten bereiten. — Genosse Rosh's betonte, daß die Regierung eine recht wunderliche Verschleierung den Gemeinden gegenüber zum Ausdruck bringt. Die beschränkte Ausschreibung bedeutet den Engländern ein Pfandobjekt zuzuführen. Die Groß-Berliner Steuerzahler haben keine Lust, hierbei Helfersdienste zu leisten. Die Rentabilität sei bei den hohen Sätzen der Regierung nur dann gewährleistet, wenn der Gaspreis wiederum erhöht werden wird. Die jetzige mangelhafte Gasbelieferung, die angelegte Strafe für Mehrverbrauch wirken jetzt schon verbitternd und außerordentlich zum Nachteil der Abnehmer. Das Vorgehen der Regierung solle wohl ein Schachergeschäft für das Friedenswohl sein, und das alte Privileg dem englischen Kapital zu erhöhen Bedingungen ausgeführt werden. Daß es soweit gekommen, müsse denen zugeschrieben werden, die vor Jahren die Uebernahme des Gaswerkes ablehnten.

Darauf wurde die Magistratsvorlage dahin angenommen, eine Unterbeilegung der Stadt an dem Angebot des Preisess Teltow abzulehnen. Der Magistrat wurde ferner ermächtigt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß ein dritter Erwerber nach Ablauf des Konzessionsvertrages mit der englischen Gasgesellschaft im Gemeindebezirk Schöneberg Gas abschließt.

Bei Nachbewilligungen für die Freibank brachte Genosse Rüter mehrere Beschwerden vor und ersuchte, das dort abzugebende Fleisch nicht an dieselben Personen abgegeben, die, wie festgestellt, dieses Fleisch anderweitig verlaufen und bereits in aller Frühe anstehen, sondern nur an Personen, die wirklich bedürftig sind. — Stadtrat Dr. Licht erwiderte, daß das Fleisch nur an Personen auf bestimmten Abschnitt der Lebensmittelkarte abgegeben wird und der Zubrang außerordentlich ist. Das Vermeiden des Anstehens ließe sich nicht eher beseitigen, als bis bei diesen Leuten eine bessere Einsicht Platz greift. Der Magistrat wird alles tun, um die bestehenden Notstände zu beseitigen. — Die Ordnung für die Besteuerung der Kinematographen läuft ab und soll verlängert werden. — Ebenfalls sollen aus Anlaß der 400-jährigen Reformationsfeier den Schulkindern dementsprechende Bücher und Bilder verabsolgt werden. Beide Vorlagen lehnte die sozialdemokratische Fraktion ab.

Der Erweiterung der Befugnisse des Reineinigungsamts wurde einstimmig zugestimmt.

Zur Neuregelung der Gewährung von Kriegszuschüssen und Feuerungszulagen beantragten die Sozialdemokraten, die Kriegszuschüsse für Arbeiter und Arbeiterinnen auf 20, 30, 42, 55, 69, 84 und 100 M. festzusetzen und die Höhe für Feuerungszulagen auf 15, 26, 38, 51, 65 und 80 M. zu erhöhen. Die liberalen Parteien lehnten diese Sätze ab, worauf die Magistratsvorlage einstimmig angenommen wurde.

Den Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen, die auf dem Riefelgut beschäftigt sind, soll der häusliche Besuch entzogen werden, wenn die Frauen bzw. deren Kinder sich weigern, auf dem Gute tätig zu sein. Stadtrat Jacobs führte aus, daß es schwer wäre, Arbeitskräfte zu bekommen, die vorhanden wollen in die Munitionsbetriebe geben, ebenso deren Kinder, da sie dort mehr verdienen. Ein bestimmter Vertrag zur Mitarbeit besteht zwar nicht, aber es ist so Brauch. Ein zur Unternehmung eingesehter Ausschuß erklärte sich mit Übernahme der Sozialdemokraten für den Abzug. Genosse Rüter ersucht, den bisherigen Zustand zu belassen. Man darf die Eltern nicht bestrafen, weil die Kinder für das geringe Entgelt auf dem Gute die Arbeit in Kriegsbedarfsbetrieben, die höher bewertet wird, vorziehen. Nachdem Herr Jahnow seinen Unternehmerstandpunkt zur Geltung brachte, wurde die Vorlage gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Sonderkarten für Kranke. Die Sonderkarten für Kranke, schwangere Frauen und stillende Mütter, soweit sie für den Monat Oktober bereits bewilligt sind, werden gegen Vorweis der von der Krankenstelle des Magistrats überlieferten Benachrichtigung am 19., 20. und 21. September von den zuständigen Brotkommissionen ausgegeben.

Neuzähl. Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 20., bis Mittwoch, den 26. September, dürfen in benannten Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 56 der Lebensmittelkarte 125 Gramm lose Suppen für 23 Pf. entnommen werden.

Die
neue Kriegsanleihe
muß
erfolgreich sein —
sonst ermutigen wir
England weiterzukämpfen! — Sie
fann
erfolgreich sein —
denn es ist Geld genug
im Lande! —
Und sie
wird
erfolgreich sein —
wenn jeder handelt,
als ob von ihm allein
alles abhinge!

Ermittlung unbekannt Verstorbenen. Das Oberkommando teilt mit: Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß zur Unterföhung der Ermittlung unbekannt Verstorbenen vom Zentral-Nachweise-Bureau des Kriegsministeriums Photographien solcher Verstorbenen in den von Zeit zu Zeit herausgegebenen Sonderverzeichnissen veröffentlicht werden. Diese Listen können ständig bei allen Ortspolizeibehörden, militärischen Kommandobehörden, Garnison- und Bezirkskommandos, Ersatztruppenteilen und Lazaretten eingesehen werden.

Vermittlungsnachforschung. Am Mißverständnis beim Publikum vorzubeugen, wird zu einem kürzlich in verschiedenen Tageszeitungen erschienenen Artikel folgendes bemerkt: Für die Nachforschung nach Vermissten ist nach wie vor die amtliche Vermittlungsstelle das Zentral-Nachweisebureau des Kriegsministeriums zu Berlin, Dorotbeerenstr. 48, das in erster Linie Auskünfte über alle Vermissten erteilt. Außer diesem vermitteln Auskünfte über Vermisste, von denen anzunehmen ist, daß sie sich in Gefangenschaft befinden, die für den betreffenden Bezirk zuständigen Vereine vom Roten Kreuz und „die Hilfe für kriegsgefangene Deutsche“.

Das Aufkleben von Zetteln irgendwelcher Art, auch der Zettel mit der Aufschrift des Empfängers, auf Briefsendungen (Briefe, Postkarten, Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben) nach dem Auslande (einschließlich der verbündeten Länder und der besetzten feindlichen Gebiete) ist bekanntlich jetzt verboten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das Verbot auch für Briefsendungen (einschließlich der Päckchenbriefe) an Kriegsgefangene gilt. — Feldpostsendungen mit aufgeklebten Aufschriften an deutsche Heeresangehörige — auch in den besetzten Gebieten und den verbündeten Ländern — sowie an Angehörige der verbündeten Heere sind zugelassen; dagegen sind Feldpostsendungen mit aufgeklebten Aufschriften an die bürgerliche Bevölkerung der verbündeten Länder, der besetzten Gebiete und nach dem sonstigen Auslande verboten. — Auf Pakete bezieht sich das Verbot der Aufklebung der Aufschriften nicht. Insbesondere können auch Postpakete an Kriegsgefangene mit aufgeklebter Aufschrift versehen sein.

Keine Beschlagnahme der privaten Wäsche. Amtlich wird mitgeteilt: Im Anschluß an die Beschlagnahme der Gasthauswäsche sind in der Bevölkerung verschiedentlich Gerüchte verbreitet worden, daß auch eine Beschlagnahme der in den Privathaushaltungen vorhandenen Wäschebestände bevorstehe. Diese Befürchtungen sind haltlos. Die Reichs-Besetzungsstelle erklärt ausdrücklich, daß sie nicht beabsichtigt, durch Beschlagnahme oder Enteignung in die Wäschebestände der Familien einzugreifen.

Eine Rundgebung für die 7. Kriegsanleihe werden am 28. September, abends 8 Uhr, die großen wirtschaftlichen Verbände Deutschlands im Zirkus Busch veranstalten.

Ein großer Brand kam am Dienstag nachmittag gegen 3 1/2 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in der Warikauer Straße 58 an der Stadtbahn, unweit der Revaler und gegenüber der Sudener Straße, zum Ausbruch. Auf dem ausgedehnten Grundstück befinden sich mehrere große Möbelabriken usw., die jetzt Kisten und andere Sachen anfertigen. Binnen wenigen Minuten waren sechs Wödhäge mit etwa 30 Fahrzeugen an der Brandstelle versammelt. Nach

Lichtenberg. Der Polizeipräsident Dr. Leinwald ist zum Polizeipräsidenten von Breslau ernannt worden.

Spanbau. Versorgung mit Winterkartoffeln. Der Magistrat beabsichtigt, einen großen Teil der Winterkartoffeln sofort bei der Anlieferung an die Bürgerkassette zur Eindeckung ihres Winterbedarfs auszugeben.

Tempelhof. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen zur Ausgabe: 200 Gramm Fleisch, 5 Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte und 2 Pfund auf die Zusatzkarte.

neuen Stillbescheinigung erfolgt die Ausgabe der 1/4-Liter-Kohlensäurearten für stehende Räder für den Monat Oktober d. Js. heute im Bureau Dorffstr. 17, Zimmer 4, von 9-2 Uhr.

Im Arbeitsnachweis Dorffstr. 17 werden für September und Oktober eine beschränkte Anzahl von Petroleumarten ausgegeben, welche zum Kauf von geringen Petroleummengen für Zwecke der Landwirtschaft und Heimarbeit berechneten.

Ablerhof. Kohlenverteilung. Einem Beschlusse des Gemeindevorstandes zufolge wird für die bessere Regelung der Kohlenverteilung einem selbständigen Händler ein Kohlenplatz übertragen werden.

Göpenid. Brennholzabgabe. Aus der Stadtförst werden zum Winter 400 Raummeter Brennholz an kleine Leute zum Preise von 20 M. der Raummeter abgegeben werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Pankow-Niederschönhagen-Buchholz. Heute, abends 8 Uhr, bei Rettig („Schwarzer Adler“), Niederschönhagen, Planenburger Str. 4: Mitgliederversammlung.

Aus aller Welt.

Das Eisenbahnunglück im Westerwald. Neuwied, 17. September. Amtlich. Heute früh 6 Uhr fand auf Bahnhof Wilmersrod ein Zusammenstoß zwischen den Personenzügen 3982 und 3981 statt.

in Wilmersrod erfolgen, war aber wegen Verspätung nach Wilmersrod verlegt. 7 Personen sind tödlich verunglückt. 18 verletzt, zum Teil schwer. Hilfskräfte von Limburg und Koblenz waren mit Ärzten und Hilfspersonal bald zur Stelle.

Briefkasten der Redaktion.

N. 2. 66. Wenden Sie sich mit einer Anzeige an das Kriegsmuseum, Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulusstr. 9. — G. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — T. 2. 38. Ja, wenn Sie im vorigen Jahre einen vollen Jahresarbeitsdienst hatten.

Direktion: Max Reinhardt, Deutsches Theater. 7 Uhr: Dantons Tod. Donnerstag: Dantons Tod. Kammerstücke. 8 Uhr: Das Konzert. Donnerstag: Das Konzert. Volkabühne. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schönh. Tor. 7 1/2 Uhr: Hedda Gabler. Donnerstag. 7 1/2: Lumpenkindel.

URANIA
8 Uhr:
Das Oberengadin
und der Splügen.

NATIONAL-THEATER
1/8 Der große Schläger 1/8
Das ist die Liebe...!
Operettenposse in 3 Akten.
Musik von Walter Bromme.
1. Bild: Baron Fliegenleins
Wette. 2. Bild: Krenn, Karisch.
3. Bild: Gerichtsamt l. Riefmal.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Weiberfeind.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle

Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Vom andern Ufer.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Der Revisor.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.

Theater am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
a. Bf. Friedrichstr. Tel. Zl. 4927
Anf. 7 1/2, 8 Der Anf. 7 1/2, 8
reizende Adrian
Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr
bei ermäßigten Preisen:
Johannisfeuer von Sudermann.

Casino-Theater
Lehringstr. Straße 57.
Täglich 7 1/2, 8 Uhr:
Stiefeliger Dumo! Gr. Erfolg!
Die Schlägerposse

Heiraten mußte!
Vorher der neue Bunte Zell.
Sonnt. 4 Uhr: Gusto, die Perle.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrahamdabra
Großes phantastisches
Ballett auf dem Eis.
7 1/2, U. Vorzügl. Küche.

Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Paul Lange und
Tora Parsberg.

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.

Berliner Theater
7 1/2, U.: Die tolle Komteß.

Theater für Mittwoch, 19. September.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Postillon
von Lonjumeau.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
7 1/2, Uhr: Bürger Schippel.

Komische Oper
1/2 8 U.: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7 1/2, Uhr: Die blonden Mädels
vom Lindenhof.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. N. 4. 281
7 1/2, Uhr: Der Soldat der Marie.

Apollo
Friedrichstraße an der Kochstr.
Allabendlich 7 1/2, Uhr:
Fregolla, Paul Beckers
und das
große September-Programm.
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

Walhalla-Theater.
7 1/2, Uhr:
Zigeuner.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 7 1/2, Uhr.
Jed. Sonntag
nachmittags
3 Uhr
Vorstellung
z. ermäßigten
Preisen!
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.
Eintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 52. Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters

Leiter: Komponist Franz von Bion.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Große Berliner Kunstausstellung 1917
in der Kgl. Akademie der Künste, Berlin W,
Pariser Platz 4
September-November
ab Freitag, 21. September, täglich von 10 Uhr vorm.
Eintritt 1 M., Dauerkarte 2 M. (805L)

Büsch
Täglich 7 1/2, Uhr,
Sonntags 3 1/2, u. 7 1/2, Uhr:
Das große
Schlager-Eröffnungs-
Programm.
9 Uhr Original-
Pantomime 9 Uhr
„Die 8 Pierrots.“

WINTERGARTEN
Der erfolgreiche
Eröffnungs-Spielplan
Dann: 9 Uhr abends
Venezianische Nacht
Pantomime in 12 Bildern
von Karl Vollmoeller

Zirkus A. Schumann
Bahnhof Friedrichstraße.
Anfang 8 Uhr.
Letzte Saison in Berlin.

Das neue
Zirkus-Sport-Programm.
Neu! U. a. Neu!
Frl. Nadehura!
8 Personen Reitertruppe 8
Zum Schluss: Schmitzjagd

Winter-Mäntel
Kostüme und Röcke
Wasserdichte Mäntel
gibt jetzt auch an Private
Bileks Damenmäntel-Fabrik
Krausenstr. 30, Hof, Erdgesch.

Hindenburg
oder **Napoleon**
Die Offenbarung unserer Kraft
von Carl Leyß
Das Buch bedeutet eine
neue historische Welt / Der
übertragene Genius Hin-
denburgs stellt die Schein-
größe des französischen Ge-
oberers tief in den Schatten.
Zum 70. Geburtstag Hindenburgs
1.-50. Tausend Preis 2 Mark
Verlag Gustav Braunbeck, Berlin W 35

Zähne
Reparaturen sofort. Zahnziehen in örtlicher Betäubung.
Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 10433.
Persönl. nur Rosenhallerstr. 69 am Platz 9-7
zu sprach. Sonnt. 10-12.

Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Täglich:
Die Himmelsleiter.
Poffe mit Gesang in 4 Akten
von Hannsädt.
Koffeneröffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2, 11.

Balast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2, u. 7 1/2
Wilhelm Harstein
in dem Soldatenschwank:
Der Stolz der 3. Kompanie
Fern: Santa Söneland
Maxstadt
und das übr. Programm.

Offene Füße
Kramptzergang schmerz
auch veralt. schmerzhaft. Wunden.
Entzünd. m. unerträgl. Jucken heilt
ohne Nachteil. vielen Erfolgsgaber.
die echte „Olinda-Salbe“. Absolut
milde, naturgemäße Wirkung,
überaus wohltuend. M. 3.50.
Otto Reiche, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.

Moderne
Kostüme,
Mäntel,
eleg. Kleider, Röcke
aus in Stoffen, neueste
Formen! 218L*
Ulster, Pilsch- u. Tuchmäntel
Kostüme
Kleider
Mäntel
Jaquetts
Blusen! Regamäntel!
Gr. Auswahl - alle Größen
Fabriklager - Verkauf an
Private.
MICHAELIS
Mauerstr. 80, 1 Troppo
neben Konzerthaus.

Sammet
Blusen! Regamäntel!
Gr. Auswahl - alle Größen
Fabriklager - Verkauf an
Private.
MICHAELIS
Mauerstr. 80, 1 Troppo
neben Konzerthaus.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Haut-, Horn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Sehnkränke,
Ehrlich-Hata-Kuren,
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerzlos
ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36 Stadthf.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Pelze
Silber-Luchse
Blau-Füchse
Kreuz-Füchse
Alaska-Füchse
Kragen
Muffen
R. Maaßen G. m.
M. Maaßen b. H.
Oranienstr. 165 Leipziger Str. 42

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete
Heilanstalt f. ambulator. Behandlung
Künstl. Höhensonnen-
Behandlung.
(Die wissenschaftl. an-
erkannte u. bewährte „Künstl. Höhensonnen-
Behandlung“.)
Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren,
Elektro- u. Licht-Therapie, Wasserheilverfahren, Pflanzen-
und Kräuterbäder, Sauerstoffkuren, homöopathische Behand-
lung, Pflanzeninjektionen. — Nachweis über gute Heilerfolge
bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren (besell.
chronischen Leiden), z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-,
Darm-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Nervenschwächen,
nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner
nervöser Abspannung; Jochias, Gicht, Rheumatismus;
sämtlichen Hautkrankheiten, Nerven-, Wunden, Lähmungen, so-
wie Kinderlähmung; Stoffwechsel-Krankheiten, Zuckerkrank-
heit usw. — Wegen Raumangel seien nur einige Fälle
mitgeteilt: Herr H. Heilwig, Borsigwalde b. Berlin, Ernst-
str. 25. Von Regengeschwulst, Herzstopfung u. Nerven-
schwäche in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert werden. —
Herr A. Wittmann, Berlin, Blumenhallerstr. 3. Von Ge-
schwulst und Abgang an alter Operationsnarbe mit 15 Be-
handlungen geheilt. — Frl. R. Rausch, Bin-Schöneberg,
Erdenstr. 17 u. bei Friedb. Von Geschwulst u. Nerven-
schwäche in 4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Opera-
tion geraten. — Herr A. Schladig, Berlin, Caprivistr. 24.
Von Geschwulst in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher
6 Wochen mit Radium in einer Berliner Klinik ohne Erfolg
behandelt. — Frau C. Wopp, Lichtenberg, Gärtnerstr. 10.
Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung
geheilt. — Sohn des Gärtners H. König, Pankow. In
6 Wochen von veralteter Beinlähmung geheilt. Vorher
anderrweitig jeder Erfolg abgelehnt. — Von Nerven-
schwäche in vier Wochen geheilt. Erklärt sich selbst für
ganz gesund. — Herr W. Schindler, Ucker, Berlin, Grelsen-
panger Str. 26. Von gichtisch-rheumat. Schmerzen in
Bein u. Hüftgelenk geheilt. Sehr zufrieden. — Herr
A. Brosch, Berlin-Mariendorf, Strelitzer Str. 11. Von
chronischer Rückenmarkentzündung und Lähmung geheilt.
Vorher für unheilbar erklärt. — Herr A. Jänzer,
Reinickendorf-Dr., Provinzialstr. 117. Von Lungenbluten
und Katarrh geheilt. — Frau J. Gerold, Berlin, Kamler-
str. 23. Von Bronchialkatarrh geheilt. — Zwei Kinder
des Kohlenhändlers Herrn Linke, Berlin, Strelitzer
Straße 6. Vor 9 Jahren von Lungenleiden geheilt, heute
noch gesund. — Herr G. Köpke, Bin-Rummelsburg, Al-
tenhofstr. 8. Von doppelseitigen Lungenentzündungen
geheilt. — Herr D. Neumann, Lichtenberg, Blumenhaller-
str. 13. Von Neurosen und nervöser Regenschwäche
geheilt. — Frau C. Grosse, Berlin, Provinzialstr. 26. Von
Leberleiden geheilt. — Frau Restaurateur Dering, Berlin,
Schönhauser Allee 87. Von Nervenleiden geheilt. —
Herr Erich Hof, Berlin, Stendaler Str. 17, IV. Von
Nieren- u. Blasenleiden, Wasserhusten, allgemeiner
großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhaus erfolg-
los behandelt. Jetzt Heilerfolge!
Getrennte Behandlungsdrüme für Damen und Herren!
Sprech- und Behandlungszeit 9-1, 4-7 1/2 Uhr.
Sonntags und Feiertags 9-1 Uhr.
**Berlin SO 16, Brückenstraße 10b (am Bahnhof
Jannowitzbrücke).**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Berzheimmacher

Paul Hahelhoff
Stiefelstr. 157,
am 17. Septbr. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-
friedhofes in Baumhulden-
weg, Stiefelstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird er-
wartet.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Wächter
Karl Brunthaler
Kraußstr., Juddaistr. 33,
am 6. Septbr. gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Dreher
Gustav Kretschmer
Schönwalder Straße 29,
am 13. Septbr. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
192/4 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der
Stenarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege und
Mitglied unserer Orga-
nisation, der Steinmetz

Otto Stüber
am Sonntag, den 16. Sep-
tember 1917, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt
am Freitag, den 21. Sep-
tember, nachmittags Punkt
5 Uhr, im Krematorium
Berichtstraße 37-38.
Um rege Beteiligung er-
sucht 172/9
Die Ortsverwaltung.

Haar- u. Velourhüte
Vorverkauf Stück 28 M.
Lindeku, Rosenthalerstr. 36.
II. Geschäft: W. Bayerischer
Platz 7, Ude Brunnenstr. 56.

Gbstparzelle
Etraubberg, Vorstadt, Sandhaus-
höhe, 194 [R] prämiert ver-
käuflich. Näheres schriftlich.
Frau E. Bewersdorff,
Berlin-Friedrichsfelde,
471b Berliner Straße 73a.

Gänsestückenfleisch
große fette Kaninchen,
gg. Bratbühner Pfd. 4.45 M.
Horm. Tascho Nacht. A. Schmidt
Plan-Ufer 21, nahe Dalesches Tor.

Wie ein Wunder
beseitigt [1898]
San-Rat
Dr. Strahl's **Hausfalbe**
jed. Hautausschlag, Nerven,
Hautjucken, del. Bein-
schäden, Krampfadern
der Frauen u. dergl.
Zufügung erfolgt per Nach-
nahme in Dosen a 2,50,
3,85, 6,00.
Elefant-Pharmakie, Berlin,
Leipziger Str. 74
(am Dönhofsplatz).

Der „Torpedo mit Ohren“ und sein lebender Vorläufer.

Eine neue kriegstechnische Erfindung, von der aus Schweden Kunde kommt, gibt die beste Gelegenheit, die merkwürdigen Zusammenhänge zwischen Biologie und Technik zu betrachten. Die Werke der Technik werden, wie auch dieser Fall zeigt, mit zunehmender Verbolksommung immer naturlicher. Der Torpedo mit Ohren, den ein schwedischer Ingenieur konstruiert haben soll, hat ebenfalls einen Vorläufer im Tierreich, nämlich den Fledermaus. Der Wundertorpedo, von dem die Rede ist, soll befähigt sein, mit Hilfe zweier elektrischer Ohren selbstständig dem in Bewegung befindlichen Ziel, also dem feindlichen Schiff zu folgen. Auf diese Weise wäre natürlich eine Treffsicherheit ermöglicht, wie sie den besten artilleristischen Leistungen nicht zugeprochen werden kann. Das Ohr des Torpedos ist nichts anderes als ein Mikrophon, das in Vibration versetzt wird durch die von der Schraube des fahrenden Schiffes erzeugten und durch Wasser sich fortpflanzenden Klangwellen. Entsprechend der Richtung, in welcher der Torpedo von diesen Klangwellen betroffen wird, wird dessen rechtes oder linkes „Ohr“ in Erregung versetzt. Dadurch wird ein Stromkreis geschlossen, der einen Elektromagneten in Aktion treten läßt, wodurch endlich das Steuerruder der betreffenden Seite des Torpedos angezogen wird. Um das absteuernde Boot selbst vor Gefahr zu bewahren, werden die Mikrophone des Torpedos erst in entsprechender Entfernung von dem Boot durch eine automatische Vorrichtung eingeschaltet.

Die Frage des praktischen Wertes dieser Erfindung muß vorläufig dahingestellt bleiben, starkes Interesse aber verdient der Grundgedanke, der zu einem Vergleich mit dem Fledermaus Anlaß gibt. Es ist, wie Dr. W. Franz im „Prometheus“ darlegt, unrichtig, daß die Biologie die technischen Erfindungen veranlaßt. Wie der photographische Apparat unabhängig von seinem natürlichen Vorbild, dem Auge, geschaffen wurde, so entstand der Gedanke des Stahlisches mit Ohren, des künstlichen Ohres überhaupt, unabhängig von dem lebenden Vorbild. Hier steht man vor der Frage, ob technische Erfindungen nicht schneller und leichter geschaffen werden können, wenn ihre Schöpfer von der Natur lernten, statt den Weg technischer Verleugung und mathematischer Berechnungen zu wählen. Dr. Franz verneint dies, da erstens die Erfolge der heutigen Technik die Nichtigkeit dieses Weges bestätigen, zweitens z. B. die ältesten menschlichen Werkzeuge, wie Axt und Keil, in der Natur ohne Vorbild sind, drittens die Schaffung eines hörenden Torpedos ohne rein technische Gedankengänge unmöglich wäre. Wenn der Biologe demnach nicht als Lehrmeister des Technikers in Betracht kommt, so sollte er umgekehrt die lebende Natur mit den Augen des Technikers erforschen.

Der Biologe kennt bereits die sogenannte „Tropismenphysiologie“, nach welcher die Bewegungen lebender Wesen sowie die Drehungs- und Wachstumsbewegungen der Pflanzen so erklärt werden, daß eine Kraftquelle bei ungleicher Einwirkung auf die Seiten eines Organismus so lange stärkere Muskel-, Spannungs- oder Wachstumswirkung auf der einen Seite hervorruft, bis sich das Lebewesen in gerader Richtung auf die Kraftquelle eingestellt hat. Einzelne Forscher ließen sich sogar an der Behauptung hinreißen, daß die Lebewesen ganz einfach regelrechte Maschinen seien. Ganz neu ist aber das Umgekehrte, nämlich eine Maschine, die im Sinne der Tropismenlehre ein Lebewesen ist: der schallempfindende Torpedo. Durch diese Erfindung gelangt man dazu, das Problem des Hörvermögens der Fische von einem neuen Standpunkt aus zu betrachten. Bisher sprach man den Fischen stets das Hörvermögen ab. Seht man an Stelle des Hörsinnes den Gleichgewichtssinn, so sieht die Sache ganz anders aus. Wie die Netze dieser beiden Sinne miteinander verwandt sind, so ist ihnen wiederum beim Fisch der Nerv der Seitenlinie verwandt, in der die Sinnesorgane der Wasserdruckempfindung liegen. Erlegt man die Schiffsfische durch die Schwanzstöße eines Fisches, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Hai z. B. nichts anderes als ein Torpedo mit Ohren ist. Die Jagd des Hais auf Fische ist dann so erklärt, daß er ganz nach Art des schallempfindenden Torpedos von seinem Opfer durch die von ihm ausgehenden Drucksignale angezogen wird.

Der deutsche Brunnen in der modernen Kunst.

Da der Brunnen mit Einführung der höchst profanen Wasserleitung seine praktische Bedeutung verloren hatte, lag eigentlich die Gefahr nahe, daß allmählich überhaupt die ganze an poetischen und vollstimmlichen Werten so reiche deutsche Brunnenkunst in Verfall geraten würde. Die Brunnenbauten der letzten Jahre, die Lothar

Brügger in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ bespricht, zeigen, daß wenigstens in rein ästhetischer Beziehung der Brunnen dem deutschen Städtebild erhalten geblieben ist. In vergangenen Zeiten bedeutete der Brunnen allerdings viel mehr, er war auch engste verknüpft sowohl mit dem öffentlichen wie mit dem privaten Leben, darum wurde er auch immer wieder in der Literatur erwähnt. Brügger erinnert dabei mit Recht daran, daß Goethe im „Faust“ und die Seele des Gretchen am Brunnen kennen lernen läßt. Der moderne Brunnen ist notgedrungenweise mehr oder minder frei von derartigen Beziehungen, dafür bildet er aber als Schmuckwert einen wesentlichen Bestandteil auch der heutigen Städtebaukunst. Auch der moderne Architekt schmückt Plätze und Gärten noch immer am liebsten mit Brunnen, und da der frühere ökonomische Wert fortfällt, tritt das Dekorative und Architektonische als Hauptsache in den Vordergrund.

Während der letzten Jahre entstanden in den verschiedensten Gegenden Deutschlands so viele neue Brunnen, daß man von dem Beginn einer Blüte der modernen Brunnenbaukunst sprechen könnte. Am häufigsten trifft man den einfach gegliederten großartigen Monumentalbrunnen, der sich in möglichst einfachen Formen seiner Umgebung stilistisch anzupassen hat. Trotzdem auf diesem Gebiete manches Bedeutende geschaffen wurde, blieben die kleineren Park- und Gartenbrunnen unserem Empfinden viel näher. Bei ihnen ist es möglich, im Anschluß an das Volksempfinden das vollständigste Element stärker zu betonen und so eine Verbindung mit der alten Brunnenzeit zu schaffen. Typische Beispiele solcher vollständigsten Brunnen aus der jüngsten Zeit sind die in verschiedenen Städten stehenden Molandbrunnen, der Eulenspiegelbrunnen von Otto Behring in Braunschweig usw. Am häufigsten sind gleich nach diesen Brunnenbauten die modernen Tierbrunnen zu nennen, unter denen der Entenbrunnen von Professor August Gaul in Charlottenburg in erster Linie erwähnt werden muß. Die ganz moderne Brunnenarchitektur, die viel mit symbolischer Plastik arbeitet, bildet schließlich den Übergang zum Ältesten: dem expressivsten Brunnen. Den letzteren ist aber mit aller Wahrscheinlichkeit keine große Zukunft vorauszusagen, da das allzu schärf Gedankliche dieser Ausrichtung sich mit Wesen und Zweck des Brunnenbaues kaum vereinbaren läßt. Auf jeden Fall ist das neuerlich starke Interesse für die Brunnenkunst insofern erfreulich und aller Unterstützung wert, da es sich hier um einen seit altertümlicher besonders beliebten und gepflegten Zweig der Architektur handelt.

Ein altägyptisches Luxusbade.

Canopus, im Altertum die Stadt der heilbringenden Wäber und der rauschenden Tempelfeste, ist, wie der „Figaro“ berichtet, nach jahrhundertlangem Schummer unter der Decke des Sandes wieder erstanden und wird uns Kunde bringen von den schwergerischnen Sitten und Gebräuchen der Tage seines Glanzes.

An einer nach ihr benannten Rinneung sich ausbreitend, lag die alte Küstenstadt in der Nähe des heutigen Abukir, etwa 120 Stadien nordöstlich von Alexandria. In ihren Mauern barg sie den berühmten Serapitempel, der durch seine Wunderheilungen weit über die Grenzen Ägyptens hinaus in hohen Ansehen stand.

Strabo, der hellenische Geograph und Weltreisende, hat uns aus eigener Anschauung eine lebendige Schilderung des Lebens und Treibens, das sich zur Zeit der Feste in der alten Küstenstadt abspielte, hinterlassen.

Während sich Männer und Frauen auf Booten, die den Stromarm Tag und Nacht bedeckten, bei Saltenpiel und Flötenklang in den üppigsten Längen wiegten, waren die Fremdenhäuser der Stadt selbst der Schauplatz ungezügelter Sinnenslust.

Zum Tempelheiligtum aber brachte man Kranke aus allen Teilen der damaligen Kulturwelt, damit Serapis, in dessen Hand als Herrscher der Unterwelt die Gewalt über Leben und Tod der Sterblichen stand, sie nach reinigendem Bade von ihren Gebrechen befreie.

Doch das orgiastische Treiben ihrer Einwohner sollte auch der Grund des Unterganges der Stadt werden. Denn als das sittenstrenge Christentum dem sunnenfreudigen Heidentum sein Ende zu bereiten sich anschickte, belegte am Anfang des 5. Jahrhunderts n. Chr. Cyrillus, der Patriarch von Alexandria, Canopus wegen seiner Lasterhaftigkeit mit dem Bannfluch. In abergläubischer Furcht flohen jetzt ihre Bewohner die Städte der Lust; das Heiligtum des Gottes sank in Trümmer. Aber die Scheu vor dem Fluche hielt rüberische Hände davon ab, die Reste der alten Wäberstadt zum Bau der eigenen Wohnstätte zu benutzen. Bei einer Senkung des Bodens, wie sie an der ganzen ägyptischen Küste des Mittelmeeres zu beobachten ist, verschwand dann die letzten Ueberbleibsel einstiger Tempelpracht in der unfruchtbarsten Salzflut des Meeres.

Nun hat Daninos-Paischa, ein Schüler des berühmten französischen Ägyptologen Mariette, nach langem vergeblichen Suchen die Ueberreste der gesunkenen Stadt wieder entdeckt. Die weiteren

Grabungen haben ein öffentliches Badehaus aus der Zeit der Ptolomäer bloßgelegt, das eine Breite von 26 Metern und eine Tiefe von 24 Metern zeigt. Ein Schwimmbaden, zu dessen Fluten man auf drei Stufen herabsteigt, ist sehr schön erhalten. Ein Raum von 7,40 zu 7 Metern enthält eine gemauerte Platte für die Massage, daneben standen zwei Pressen für aromatische Öle, die zu Abreibungen benutzt wurden. In einzelnen Nischenräumen lagern noch Münzen aus verschiedenen Ptolomäerzeiten, sowie Statuetten, von denen eine die „Chinesische“, auf merkwürdige Handelsbeziehungen Ägyptens mit dem äußersten Osten hinweisen würde, falls kein Irrtum in der Deutung der Figur obwaltet. Die Umfassungsmauern des Bades flankierten Spingie, von deren Existenz heute nur noch die nur Hieroglyphen verlesenen Sockel Zeugnis ablegen.

Die Ausgrabungen werden mit eifriger Bemühungen fortgesetzt, und man hofft auch, die Mehrzahl der Bauten der alten Stadt wieder aufzufinden, deren Entdeckung und wohl noch Funde der ägyptischen Kultur erwarten lassen, denn Canopus war schon in vorhistorischer Zeit eine Kultstätte von hoher Bedeutung.

Für die Ägyptologie, die Wissenschaft des Niltaltes, ist die alte Wäberstadt schon einmal von Wichtigkeit geworden. Im Frühling des Jahres 1866 fand der Berliner Gelehrte Mich. Lepsius auf dem Trümmerfelde von Tanis, dem heutigen San, eine Steinplatte, die denselben Text in hieroglyphischer, demotischer und griechischer Fassung enthält. Die Inschrift, das sogenannte „Dekret von Canopus“, ist von einer Priesterversammlung, die in Canopus tagte, verfaßt worden und enthält eine Lobpreisung des Königs Psamtik II. dessen besonderen Wohlwollens sich der Götterdienst zu erfreuen hatte. M. K.

Kleines Theater: „Bürger Schippel“.

Aus der literarisch anspruchsvolleren Reinhardtischen Stilrichtung ist Sternheims Komödie in eine wirksamere Art schwanmächtiger Satiratur überführt worden. Vielleicht nicht zum Schaden des Eindruckes, der freilich zwiefältig bleiben mußte. Aus dem Lachen über die gelungene Verwicklung des Epichthiters kam man immer wieder in die Bedenken über die Maniertheit der Wäber. Die Tendenz ist vortrefflich: so eng und dumpfig immer diese Kleinbürgerwelt mit ihrer Nützlosigkeit nach oben und ihrer Abschließung nach unten sein mag, sie ist leider immer noch ein wichtiger Teil unserer Zustände, und der Satiriker findet hier noch eine Fülle unangenehmer Stoffe. Aber Sternheim fehlt bei allem Talent des Wäberens doch zu sehr das Gestaltungsbemühen. Statt der Menschen gibt er Kontraktionen, seine Gesichtspunkte verlassen allzu früh den Boden der Wirklichkeit und verfallen zu Abstraktionen, die alle einen Sternheimischen Jargon (halb Biergeläch, halb Metaphysik) reden und bedenklich in die bekannte Leitartikeln verfallen. Die Sprache ist bei ihnen dazu da, um unverbürgt die Absichten des — Verfassers zum Ausdruck zu bringen. Die Erzeugnisse dieser naturalistischen Lebensanschauung werden verschmäht, weil sie unerschöpfbar sind. Der eigene Stil aber, der dafür an die Stelle tritt, ist nicht zwingend. Zum Beispiel der Bürger Schippel, dieser feste junge Mann von unten her, der so fehsichtig Bürger zu werden trachtet, ist manchmal aus seiner Sphäre, zumeist aber aus der Sternheimischen imaginären Menagerie.

Man lacht und man stritt im Publikum, aber man freute sich einseitig der famosen Typen, die die Schuppelbilder auf die Bühne stellen. Der echt teufliche Mann des Herrn Wildt (Wideler) in all seinem Gekelze und moralischem Getue machte starke Figur in der Art Th. H. Heines. Schwelgend in Veredlamkeit und Gemütsbusel zerfiel Lupo Bild (ein Quaderbrudermeister, wie er auf seinem Planeten sich ergibt). Alfred Abel war der Schippel, das Charma und reizend led und lyrisch in seinem Anstrich und voll melancholischer Ironie am Ziele. Die Färsenbraut, die Deamentenau wird, statete Fr. Zimmermann mit „echten“ Romangefühlen aus. —r.

Notizen.

— Zum Gedächtnis Wilhelm von Humboldts veranstaltet die Humboldt-Akademie freie Hochschule am Sonnabend, 8 Uhr abends, einen Vortragsabend im Bürgeraal des Berliner Rathauses. Der Eintritt ist frei.

— Die Große Berliner Kunstausstellung wird in der Akademie der Künste am Pariser Platz am 20. September eröffnet.

— Neue Briefmarken in Rußland. Die vorläufig in Gebrauch kommenden Briefmarken der neuen Regierung in Rußland bestehen — wie der „Berliner Post“ mitteilt — in den früheren kaiserlichen Briefmarken mit einem Ueberdruck, auf dem eine phrygische Mütze mit gekreuzten Schwertern und den Worten: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zu sehen ist. Es werden auch dieselben Briefmarken auf starkes Kartonpapier gedruckt und als Geldersatz für kleine Beträge während des Krieges verwertet.

58]

Anders Hjarnsted.

Von Jakob Knudsen.

In der Nacht — zwischen dem 26. und dem 27. April — fiel ein stiller Regen, und am Morgen war es Frühling. Er folgte ganz glücklich auf lange andauernde Kälte. Die Luft war feucht und warm; beständig zogen Gewitterschauer über die Gegend hin.

Auf einmal kam das Vieh von fast allen Harrebjer Höfen auf die Wiesen hinaus. — Aber Gepflogenheit entgegen waren Hützerjungen dabei, die es von dem Gebiet des Hjerrehofs fernhielten.

Die Stimmung gegen die Leute vom Hjerrehof war überhaupt etwas gemischt im Kirchspiele. Denn auf der einen Seite fand man es gänzlich unerhört, daß das Recht, auf den Wiesen Vieh an sich zu nehmen, zweifelhaft gemacht werden sollte, — in dem Punkt herrschte große Erbitterung gegen Aren Faurholt und den Adjutanten. Auf der andern Seite widerstritt es ja allem guten, alten Braucht, daß sich einer dieses Recht zunutze machen wollte.

Nun kam auch das Vieh von Stavn auf die Wiesen. Doch obwohl kein Junge bei ihm war, hielt es sich vorläufig mit den übrigen Harrebj-Rindern zusammen und kam dem Gebiet des Hjerrehofs nicht zu nahe. — Aber der alte Per Hjarnsted war beständig auf seinem Posten, — er beschäftigte sich in dieser Zeit eigentlich mit nichts anderem als damit, ein Auge darauf zu haben, was da unten voringe.

Anders war mit dem Leben so seltsam zufrieden in diesen Tagen. Das bedeutete ja doch viel, daß, wenn man das Leben dabei opfern wollte, man den häßlichen Druck der weltlichen Ungerechtigkeit, der einem auf der Brust lag, befeitigen konnte; dann konnte man doch auf dem Feld, wo man sich selber befand, Ordnung schaffen. Und Gjatrid gab er nicht auf; sie sollte sein werden, er wollte sie besitzen, bevor es geschah! —

Er bedauerte, ihr eine so lange Frist mit dem Brief gegeben zu haben, denn es mußte wohl als gegeben angesehen werden, daß sie den Brief aus diesem oder jenem Grunde — nicht an ihn befördern konnte, — ja, er mochte auch aufgefangen worden sein.

Er war jetzt von Eifersucht völlig frei — und überhaupt von allem hitigen Drang, die Sache zur Entscheidung zu bringen. Er war dessen gewiß, daß das nicht von Furcht herrührte; aber es war geradezu so herrlich zu existieren, jetzt, wo er vor diesem peinlichen Gerechtigkeits-eifer Ruhe hatte, den er wohl von seinem Vater ererbt hatte; — jetzt, wo er darauf eingegangen war, ihm das Ganze zu opfern.

Am Sonntag, dem 28. April, waren ein paar Stück Vieh von Stavn auf dem Gebiet des Hjerrehofs, — das Gras dort war besonders gut in dem zeitigen Frühjahr, weil es etwas höher lag und deshalb weniger vom Winterwasser durchsalzen war als die übrigen Parzellen. — Doch der alte Per Hjarnsted sagte zu seinem Sohne, er meine, sie sollten warten, bis ihrer so viele wären, daß es etwas ausmachen könnte, wenn sie ins Haus genommen würden.

Anders lächelte und bat seinen Vater, er möge tun, wozu er Lust habe. — Er ging selber am Vormittag in die Kirche. Selten hatte er eine so starke Lust verspürt, die Kirche zu besuchen, — am meisten des Niedergesanges wegen; denn in der letzten Zeit ärgerte er sich häufig nicht wenig über die Predigten. Am Nachmittag machte er eine lange Fischefahrt draußen auf dem Fjord. Es war sehr klares Wetter, wie an einem trockenen Tage in regentreicher Zeit. — Er segelte weit hinein zwischen das Vorland und die Höhen, so daß er den Tanghof ganz deutlich sehen konnte. — Und den Kjeldhügel, — wo er damals drauflosgefahren war! — Das war die erste große Befreiung in seinem Leben gewesen, dachte er; nun kam bald die letzte.

Da war ein Schreien und Pfeifen und Trillern der Seevögel über dem Wasser; und drinnen vom Lande her hörte man die Frösche. Es war ein Limsjord-Frühlingsang, wie er ihn von Kind an kannte, und heute abend klang er nun so ganz überirdisch schön. „Und der Himmel steht in Sang, und der Himmel steht in Sang“, — schien es in ihm zu sagen, je nachdem die Lautwellen stiegen oder fielen.

Als am Montag morgen der alte Per Hjarnsted vor den Hof kam, sah er, daß sämtliche jungen Rinder von Stavn drüben auf dem Gebiet des Hjerrehofs waren. Die übrigen Harrebjer Rinder befanden sich auf einer ganz andern Seite der Wiesen.

Er nahm den Oberknecht, Mads Horsens und Jens

Wegger mit sich. Er fragte auch, ehe sie ausbrachen, ob Anders nicht mitwolle. Doch der lachte und erwiderte: er habe keine Lust; es müsse ja doch auch am liebsten einer zu Hause bleiben. Trotz dieser Gleichgültigkeit trug sich Anders, freilich sehr unbewußt, mit dem Wunsch, daß etwas daraus werden, daß etwas geschehen möchte, was seinen Sinn befruchten könnte, damit die Entschlüsse sich von selbst ergäben, so wie an dem Tage, wo der Adjunkt auf dem Hjerrehof war. —

Die Expedition glückte vollständig. Nach Verlauf von zwei Stunden standen im Kuhstall des Hjerrehofs, — außer einigen von des Anders Hjarnsted Rälbern, die nicht auf der Weide waren, — 67 Stück Jungvieh, dem Kristin Faurholt gehörig. — Der Großknecht wurde sofort von Per Hjarnsted mit der Meldung nach Stavn geschickt. Außerdem sollte der Knecht sagen: sie könnten jederzeit gefolgt werden gegen Zahlung von zwei Reichstälern, die nicht als Geldbuße angesehen würden, sondern als Trinkgeld für die Dienstleute vom Hjerrehof für die Bemühung. Aber man müsse sich mit dem Abholen beellen, denn die Tiere würden nicht gefüttert, solange sie sich auf dem Hjerrehof befänden. —

Erik Skindtoft kam, um nach Per zu sehen, kurz nachdem der Knecht abgesandt worden war. Als er den Zusammenhang erfahren hatte, sagte er: „Das wird sicherlich schlecht auslaufen, Per; damit tußt Du keinem andern einen Dienst als Aren Faurholt selber. Denn ihr werdet den Schaden zu bezahlen haben, den das Vieh auf die Weide erleidet. — Und das jetzt in der Zeit, wo wir fast täglich ein Gewitter haben, — da könnt es ja kommen, daß etwas geschieht.“

Per Hjarnsted fühlte sich durch Eriks Einwendungen ganz gekränkt.

„Wo steckst Anders?“ fragte Erik. „Was sagt er dazu?“

„Er ist auf dem Felde mit der Walze.“

„Na, was sagt er denn dazu?“

„Er überläßt mir die Sache, Erik Skindtoft. Und das solltest Du auch tun.“

„Ja, ja, — dann könnt ihr euch drauf verlassen, daß Kresien und der Adjunkt sich die Hände reiben. Denn das ist ganz ungeschicklich, wie Du jetzt vorgehst.“ — — — Nach dem Abendessen wurde nach Mads Horsens geschickt: ob er nach Harrebj hinüberkommen wolle. Der Adjunkt wünschte, mit ihm zu reden. — Wiederum war es an dem Abend schnelles, fruchtbares Wetter mit fernem Donner und glanzlosen Wägen. (Fortf. folgt.)

